

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7570.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepatrte Kolonne
 jeils oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Konzepte,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 6. Dezember 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Reaktion und die sozialistische Partei in Italien.

Rom, den 29. November.

Mit der Eröffnung des Parlaments nimmt das öffentliche Leben wieder neuen Aufschwung und der erste düstere und blutige Abschnitt einer Reaktion liegt hinter uns, zu welcher sich der Parteigröß und die Parteileidenschaften unter dem Vorwand der Verteidigung der Gesellschaft hatten fortziehen lassen.

Auch die sozialistische Partei, die alle rückwärts strebenden Parteigruppen und Aliquien unter Mitschuld der Regierung im Wahne, sie zu vernichten, zur Zielscheibe ihrer Angriffe gemacht hatten, fängt an, Lebenszeichen der Auferstehung zu geben.

Die gewaltthätige Zerstörung nicht nur der politischen, nein auch der rein wirtschaftlichen Vereinigungen unserer Partei durch eine despotische, durch nichts gehemmte Polizei war verheerend und tiefgehend gewesen. Aber trotz der Annonaden, der Militärgerichte und der ungeheuerlichen Verurteilung oder Zwangs-Verbannung tausender von Sozialisten haben wir unsere Fahne doch nie in Stich gelassen.

Unser Tagesblatt, der „Avanti“ („Vorwärts“), ist trotz der Verhaftung seiner ganzen Redaktion ununterbrochen erschienen, unser Genosse De Amicis ist in Turin, der alt-dynastischen Stadt, gewählt, die von der Regierung aufgelösten sozialistischen Gemeinderäte sind, wie z. B. in Colle (Toskana) wiedergewählt worden. Ebenfalls wiedergewählt hat die große Vereinigung der Eisenbahn-Beamten und Arbeiter in Turin ihre sozialistische Verwaltung, die durch einen Gewaltstreik befeitigt und durch eine Militärkommission ersetzt worden war. Überall haben wir weiter die Eintragung neuer Wähler für die politischen und Verwaltungskörperschaften in die Listen schon vor dem gesetzlichen Termin des 31. Dezember wieder aufgenommen. Endlich sind auch die sozialistischen Halbwochenschriften wieder erschienen, die sämtlich (mit Ausnahme der von Turati geleiteten „Critica sociale“) wider Gesetz und Recht während des Belagerungszustandes unterdrückt worden waren.

Dies die Zeichen ihrer unzerstörbaren politischen Lebensfähigkeit, welche die sozialistische Partei von Juli bis November, während das Parlament geschlossen war, das heißt also in einer Atmosphäre zu geben vermocht hat, die vergiftet war durch die Uebergriffe und Gewaltthätigkeiten der Polizei, durch die tägliche Verletzung aller öffentlichen und verfassungsmäßigen Freiheiten. Und diese Zeichen von Lebensfähigkeit werden, unter dem Einfluß der parlamentarischen Kämpfe, welche die Gruppe der Sozialisten dem Ministerium liefert, von Tag zu Tag kräftiger.

Gleichzeitig ist die öffentliche Meinung, aufgestachelt durch unser Beispiel und das Vorgehen der anderen von der Reaktion betroffenen politischen Parteien (der republikanischen und der Merikalen) zu einer Volksbewegung erwacht, die sich immer mehr verbreitert und vertieft.

In einigen Städten der Romagna, Toskana's und der Lombardie hat man die bekanntesten Opfer der Militärgerichte zu Gemeinde- oder Provinzialräthen gewählt. So den sozialistischen Deputierten Turati, den republikanischen Deputierten Romussi, den radikalen Publizisten Romussi und den Priester und Journalisten Albertario.

Ein Komitee von Frauen Mailands, dem sich ein Zentral-Komitee der volkshämischen Parteien angeschlossen hat, hat eine Agitation eingeleitet, um dem Parlament eine Petition für eine Amnestie aller politischen Verurtheilten zu überreichen. Und trotz der Gewaltmaßregeln von Regierung und Polizei, welche die Ausübung des Petitionsrechts als eine Verherrlichung von Verbrechen (!) verhindern wollten, hat man schon über 230 000 Unterschriften gesammelt. Eine mit einer ähnlich gewaltigen Zahl von Unterschriften bedeckte Petition ist dem Parlament seit seinem Bestehen noch nicht überreicht worden.

Gleichzeitig haben die Gemeinderäte, selbst solche mit konservativer Majorität, wie z. B. in Neapel und Genua auch in Mailand, sowie in einem Duzend anderer Städte feierlich Beschlüsse zu Gunsten der Amnestie gefaßt. Die Vereinigungen der Journalisten aller Parteien haben, zuerst in Mailand und später in Rom, gegen die schimpfliche Behandlung der politischen Verurtheilten protestirt, die ganz dem gleichen Strafverzug unterworfen sind, wie die gemeinen Verbrecher, ein Verfahren, das in keinem Lande der zivilisierten Welt seines Gleichen findet und die umfassende Sympathiebewegung erklärt, die sich in der Presse der ganzen Welt mit immer wachsender Beharrlichkeit für die von den Militärgerichten Verurtheilten zeigt.

Dies war die Stimmung im Lande, die noch durch die immer wachsende Unzufriedenheit beeinflusst war, welche die wirtschaftliche Krise und die Vertheuerung des Getreides und Brotes verursachten, als König Humbert die neue parlamentarische Session eröffnete.

Die Thronrede enttäuschte allgemein. Einerseits zeigte sie keine gründliche Anerkennung des Auries an, um unsere Politik mit der wirtschaftlichen Lage des Landes in Einklang zu bringen, sondern verlor sich vielmehr in der trockenen und

inhaltlosen Aufzählung einiger unbedeutender und überflüssiger Reformen, welche im schroffsten Gegensatz zu den dringendsten Bedürfnissen des Staatsbudgets und insbesondere des Landes stehen.

Andererseits war der König außer Stande, sich der Nothwendigkeit zu entziehen, ein Wort der Versöhnung und Gnade in Hinblick auf die zahllosen und ungeheuerlichen politischen Verurtheilungen zu sagen, und er flüchtete sich deshalb zu der abgebrauchten Unterscheidung zwischen Verführern und Verführten. Den „verführten Opfern“ versprach er Gnade in ferner Zukunft, den „Führern“ versagte er sie gleichzeitig. Und dabei haben hinsichtlich dieser selbst die Urtheile der Kriegsgerichte anerkennen müssen (so bei Turati, De Andreis, Romussi, Aulischoff, Ghiesi, Federici, Albertario, Lazzari u. s. w.), daß sie in keiner Weise die Mai-Aufstände in Mailand erregt hatten, indem sie dieselben nur für Zeitungs-artikel und Zusammenkünfte verurtheilten, die sie ein und zwei Jahre vorher unter den Augen der Behörden veröffentlicht und abgehalten hatten, ohne daß diese damals etwas Strafbares darin finden können.

Aber die Volksbewegung für die Amnestie wird stärker und stärker, und die Regierung wird gezwungen die Freilassung zu gewähren, die sie den König nicht als einen freiwilligen Akt der Gnade versprechen lassen wollte.

In der That sind — ganz abgesehen von dem Gefühls-element, das namentlich in den südlichen Ländern ein mächtiger Faktor ist — zwei Bedingungen vorhanden, welche gleichzeitig die Schwäche der Regierung und die Stärke der sozialistischen Partei und der Volksparteien im allgemeinen bilden.

Einerseits sind die finanziellen Schwierigkeiten noch immer bedrohlich. Trotz der neuen Handelsverträge mit Frankreich, der einzelnen weinbauenden Provinzen einige Vortheile gewährt wird, ist das Budget der Nation noch immer in einem verzweifeltsten Zustande, und das Budget des Staats steckt noch immer im Defizit. Der Finanzminister hat das in seinem vorgelegten „finanziellen Exposé“ wohl oder übel anerkennen müssen. Die Ausgaben zur Unterdrückung des Aufstandes (mehr als 20 Millionen Francs); die Verminderung der Einnahmen aus den Zöllen infolge der zeitweiligen Aufhebung des ungeheuren Zolles von 750 Fr. auf 100 Kilogramm Getreide (der höchste Getreidezoll in ganz Europa!); eine Aufhebung, die auch jetzt wieder nötig wird und die das Ministerium schon für die Gemeindesteuern auf Nach vorgeschlägt; die Steigerung der Ausgaben für die Kriegsmarine, die man unter allen Umständen will, — dies alles hat nur die Wirkung, die finanzielle Lage des Staates immer schwieriger und kritischer zu gestalten.

Und da man sich nicht einer Politik der Erholung und Sammlung neuer Kräfte und der Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft zuwenden will, so giebt es nur zwei Mittel, um diese Schwierigkeit zu heben. Entweder man setzt die Zinsen der Staatsschulden herab oder man vermehrt die Steuern.

Die erstere Lösung, die in einer Herabsetzung des Zinsfußes der öffentlichen Schulden von 4% auf 3 pCt. bestehen würde, ähnelt allzu sehr der Auflösung des Bankrotts, und man will diese bittere Pille noch nicht schlucken.

Man muß also die Steuern vermehren! Und dabei ist es notorisch, daß in Italien die Steuern das höchste Maß des Erträglichkeit schon längst erreicht haben. Das Ministerium kündigt einen Versuch mit einer Progressivsteuer auf das bewegliche Vermögen an, und man hat berechnet, daß Rothschild, wenn er von Frankfurt a. M. nach Italien käme, bei uns schon heute und ohne progressive Steuer mehr zahlen müßte, als er in Frankfurt trotz der progressiven Berechnung der gleichen Steuer in Deutschland zahlt!

Unser Bürgerthum, das durch die ungeheuren Steuern bis zur Blutlosigkeit ausgezogen ist, würde nur noch tiefer ins Elend gestürzt werden, so daß Italien sich nur unter den allergrößten Schwierigkeiten aus dem Zustande des wirtschaftlichen und politischen Feudalismus, der es lähmt, befreien könnte.

Ja, als es sich darum handelte, die Proletariat der Landwirtschaft und der Industrie mit Steuern zu belasten (mit den ungeheuren Zöllen und Staats- und Gemeindesteuern auf die Bedarfsartikel des täglichen Lebens) konnte das Spiel noch ungestraft gespielt werden, denn in Italien hat das Proletariat erst vor wenigen Jahren begonnen, sich als Klasse zu fühlen und zu einer Partei zusammenzuschließen.

Aber da es gilt, die kleine und mittlere Bourgeoisie zu schröpfen, die eine kräftige politische Existenz hat, wird die Sache sich etwas schwieriger machen lassen, und trotz der Allianz mit den Großgrundbesitzern des südlichen Italiens wird das Ministerium seinen Plan, dem Lande auch noch den letzten Blutstropfen zu entziehen, vielleicht nicht verwirklichen können.

Andererseits hat die Regierung, gegenüber den Revolten des letzten Mai und besonders denen von Mailand, den großen Fehler begangen, in ihre brutalen Verfolgungen außer der sozialistischen und republikanischen Partei auch die Merikale einzuschließen, so daß diese sich ungeachtet ihrer Neigung, stets die Autorität zu unterstützen, jetzt vor die Nothwendigkeit der rechtmäßigen Vertheidigung gegenüber der Regierung, namentlich aber vor die Nothwendigkeit der Verbindung mit den Volksparteien, gestellt sieht. So kommt es denn, daß das Ministerium in seiner reaktionären Politik mit seinen Gegnern vor sich und

seinen Gegnern neben sich, ohne Unterstützung von Seiten der konservativsten Partei des Landes — und das sind gerade die Merikalen — bleibt.

Das Ministerium Pelloux hatte schon die Vorzeichen in den ersten Sitzungen des Parlaments gesehen. Der Präsident der Kammer, Zanardelli, der vom Ministerium unterstützt wurde, siegte nur mit 190 gegen 150 Stimmen.

Und — was noch viel bezeichnender ist, der erste Entwurf eines von dem General Pelloux eingebrachten reaktionären Gesetzes fand eine unerwartete Opposition, denn von den neun Mitgliedern der zur Prüfung des Entwurfs gewählten Kommission sind sieben gegen ihn.

Es handelt sich darum, einen Wahlkreis 3 Jahre ohne Abgeordnete zu lassen, in dem die Wahl wegen Beeinflussung (corruption) für ungültig erklärt werden mußte. Dies ist aber nur eine neutrale Flagge, um einen Artikel einzuschmuggeln, der dasselbe verfassungswidrige Verbot für die Wahlkreise enthält, die Abgeordnete gewählt haben, welche „der politischen Rechte beraubt“ sind, d. h. also die von den Militärgerichten Verurtheilten.

Das Ministerium Pelloux, das sich aus Abgeordneten der liberalen Partei gebildet hat, deren Hoher-Priester Zanardelli ist, erinnert sich sehr wohl, daß nach den Verurtheilungen der sozialistischen Sozialisten im Jahre 1894 mehrere Wahlkreise Abgeordnete während ihrer Haft wiedergewählt haben (es waren da die Sozialisten Barbato, De Felice, Bosco u.), und es sieht voraus, daß, weil die Wahl der Abgeordneten Turati, De Andreis, Pescetti für ungültig erklärt werden wird, weil ihnen die „politischen Rechte abgesprochen“ sind, es doch Wahlkreise geben wird, die sie mit anderen politischen Verurtheilten wieder wählen werden.

General Pelloux war ganz verblüfft über diese Aufnahme seines Entwurfs — 7 Gegner unter 9 Kommissionsmitgliedern —, eine Aufnahme, die sich offenbar wiederholen wird, wenn er den Rath haben sollte, den Entwurf der Kammer zur entscheidenden Diskussion vorzulegen.

Während ich diese Anzeichen eines gewissen politischen Erwachens — außerhalb des Parlaments und in ihm — hervorhebe, tritt, welche blutige Fronte, im Gebäude der ersten wissenschaftlichen Hochschule Italiens die erste internationale Konferenz gegen den sogenannten Anarchismus zusammen!

Dies ist wieder ein Beweis für die politische „Würde“ des Ministeriums Pelloux. Es wußte sich, nach dem von Duchini in Genf begangenen Mord, der auf die politischen Mörder der Caserio und Angiolillo in Lyon und Barcelona folgte, nicht anders gegen die Anklagen zu schützen, mit welchen die Presse des ganzen Landes die Regierung überhäufte: daß es die Bevölkerung in noch größeres Elend und Unwissenheit stürzte, ohne zu bedenken, daß es damit nur den Samen zu dem sogenannten Anarchismus lege, der nichts ist als eine Form des sozialen und politischen Fanatismus, welcher zum Nord drängt. Eine anti-anarchistische Konferenz nach Rom zusammen zu berufen, ist ebenso weise, wie es wäre, eine Anti-Cholera-Konferenz in Mekka zusammen zu berufen. Kein Wort charakteristischer die „anti-anarchistische Konferenz“, als das alte lateinische Sprichwort: „Arzt hilf Dir selber.“

Das Resultat der Konferenz wird selbstverständlich keine wirksame Vertheidigungs-Maßregel gegen die sogenannten Anarchisten sein, denn gegenüber von Fanatikern, die tödten, hat die Polizei dasselbe Problem zu lösen, das man unseren Kindern aufgibt, wenn sie Vögel fangen wollen: man braucht ihnen nur ein Körnchen Salz auf den Schwanz zu streuen! Dasselbe gilt für die politischen Mörder: es handelt sich darum, sie zu kennen, und, ehe sie tödten, sie abzufassen.

Es ist aber klar, daß die Konferenz nur ein Vorwand ist, um überall in den weniger liberalen Ländern die Reaktion noch viel toller und grausamer gegen die Sozialisten und die bürgerlichen Volksparteien wüthen zu lassen. Unter dem Vorwand, anarchischen Attentaten zuvorzukommen und sie zu verhindern, will man den wissenschaftlichen und politischen Gedanken verfolgen, in der Einbildung, dadurch den zerfallenden Sozialismus zu vertilgen.

Gegenüber diesem reaktionären Geist der Regierung hat die sozialistische Partei in Italien zwei unabwiesbare Pflichten.

Die Pflicht, sich mit den anderen Volksparteien und den verfolgten Parteien überhaupt zu vereinigen, um die bürgerlichen Freiheiten: die Pressfreiheit, das Vereinsrecht, das Recht der Affoziation und Koalition zu vertheidigen, welche Rechte und Freiheiten die elementaren und unerlässlichen Bedingungen alles zivilisierten Lebens sind. Und niemals werden wir den Glauben an den endlichen Triumph unseres Ideals, der sozialen Gerechtigkeit verlieren, haben wir doch die schon gegebenen Beispiele der heftig verfolgten sozialistischen Parteien anderer Länder vor uns. Und niemals dürfen wir ihr Ansehen und den Geist und Charakter einer Klassenpartei verlieren.

Die Vereinigung zur Abwehr einer gemeinsamen und schweren Gefahr ist nichts als ein Naturrecht für alle lebenden Wesen.

Dies muß aber geschehen, ohne daß man zu sehr den Eindringen des Tages nachgiebt, und ohne die Zukunft der Partei zu schädigen aus Rücksicht auf die augenblicklichen Vortheile für unsere verurtheilten oder verfolgten Genossen. Sonst würde die sozialistische Partei jenen Unglücklichen gleichen, die

*) Dies ist ein Irrthum des Genossen Ferri — oder sollte er Deutschland nicht mehr zu den zivilisierten Ländern rechnen? Denn bei uns, namentlich in Preußen, ist es Sitte, den politischen Verbrecher nicht anders als den gemeinen zu behandeln, wenigstens nicht besser.

beherrscht von einem pathologischen Wahn sich tödten — aus Furcht zu sterben.

Und ich kann es unseren älteren Brüdern und Genossen in Deutschland und anderen zivilisierten Ländern sagen, daß die sozialistische Partei Italiens das volle Bewußtsein dieser zwei Fundamentalschwächen hat, und daß sie auch die Festigkeit und Widerstandsfähigkeit besitzt, gegen die Attacken der Reaktion einzutreten. Wir werden nicht nachlassen im Kampf für unser sozialistisches Ideal!

Carico Ferri.

Politische Ueberblick.

Verlin, den 5. Dezember.

Vor dem Reichstag.

Das Kpl für das obdachlose Volk eröffnet morgen seine Pforten: der deutsche Reichstag, dessen Zweck immer noch durch keine Inschrift anschaulich gemacht wird, beginnt endlich seine Sitzungen. In der Möglichkeit, von der Reichstags-Tribüne offen und laut ins Land hinauszurufen, was ist und was sein sollte, das macht heute seinen unschätzbaren Werth aus. Hier ist eine Stätte rücksichtsloser Kritik, hier kann sich die Erbitterung und die Sehnsucht des Volkes auslösen, hier wird Recht gesprochen über die deutschen Zustände. Das ist das Schöne an unserem Scheinkonstitutionalismus.

Die Reaktionäre aller Farben fürchten mit Zug gerade diese agitatorische Thätigkeit des Reichstages, und darum mahnt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ väterlich, daß es einen „weisen Maßes der Selbstbeschränkung“ bedürfen werde, „wenn die Volkvertretung die Arbeiten erledigen will, die ihr zugebracht sind.“ Das heißt aus dem Norddeutschen ins Deutsche überfetzt: Nur bei der Etatsberatung nicht zu viel reden!

Unser Interesse erfordert beinahe die gegenseitige Taktik. Wir brauchen ein gehäuftes Maß der Selbstbeschränkung und es liegt uns bei einem großen Theil der dem Reichstag zugeordneten Arbeiten gänzlich daran, daß sie erledigt werden. Denn wo bietet sich eine fruchtverheißende Aufgabe dar, die zur Zukunft, zu unserer Zukunft den Weg weist und ebnet? Militär und Marine werden weiter gemäht, und dem geschwollenen Unhold, der als böser Genius auf die Zerstörung aller Kultur sinnt, wird in vaterländischem Gottesdienst mit schalen Phrasen gehuligt. Selbst die radikalen bürgerlichen Parteien haben die Widerstandsfähigkeit gegen Militarismus und Marinismus bis auf einen kleinen Rest eingebüßt, und das Zentrum wird nicht nur auf den schwanken Schiffsleitern, sondern auch auf den Kanonenschiffen zu balancieren verstehen!

Oder sollen wir uns etwa für die neueste Sozialreform der Stumm und Konforten begeistern, die den Arbeitnehmerschutz in der brutalsten freilich auch unsinnigsten Form proklamirt, die den Kampf um bessere Lebensbedingungen mit dem Zuchthaus bedroht? Oder können wir uns für die gesetzgeberische Thätigkeit, die sonst zu erwarten ist, ernstlich interessieren?

Hätten wir selbst eine Verfassung, die dem Volke giebt, was des Volkes ist, mit diesem Reichstag wäre eine schöpferische Arbeit nicht zu vollführen. Zwar marschiren wir diesmal in verstärkter Zahl in das Parlament, aber die Machtverhältnisse sind nicht verändert, und die unzuverlässigste Partei giebt nach wie vor den Ausschlag.

Wiewohl begrüßen wir die Eröffnung der Session. Wir werden arbeiten, wo immer sich eine Gelegenheit zu erwünschtenem Thun darbietet, wir werden das Zweckmäßige zu fördern und das Schädliche zu verhindern suchen — aber, wie die Dinge nun einmal heute liegen, so werden und müssen wir vornehmlich dafür sorgen, daß die Tribüne zum Tribunal werde.

Graf von Posadowsky sei der folgende Brief, der seinerzeit als Zirkular an die verschiedenen Firmen in der Steingutbranche verfaßt wurde, zum Studium empfohlen. Ein dieser Zirkulare liegt uns im Original vor und vielleicht sorgt nun Graf von Posadowsky dafür, daß bei Motivierung der Zuchthausvorlage ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die Unternehmer, die einen Arbeiter willigen am Arbeiten hindern, mit derselben Strafe getroffen werden müssen, die für streikende Arbeiter, die andere an der Arbeit hindern, vorgesehen werden soll.

Das betreffende Zirkular lautet:
(Vertraulich.)
Rheinlandsleben, den 9. August 1890.
Herrn G. Jackson
Rheinberg bei Potsdam.

Wir erlauben uns, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß von Seiten des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- und verwandter Arbeiter in letzter Zeit in auffälliger Weise die Tendenz verfolgt wird, zum Schaden der Arbeitgeber sich in das Verhältnis derselben zu unseren Arbeitern einzudringen und eine diktatorische Stellung zu gewinnen. Wie an verschiedenen anderen Stellen durch energisches Vorgehen unserer Vorstände diese Eingriffe kategorisch zurückgewiesen wurden, so sind auch wir genöthigt gewesen, einen auf direkte Veranlassung des Gewerksvereins und mit dessen finanzieller Unterstützung, ohne jede erstliche Prüfung der Berechtigung aufgestellter maßloser Forderungen, unter unserem Dreherpersonal in Szene gesetzten Streik zum Ausbruch zu bringen und folgende Theilnehmer am Streik zu entlassen:

Folgen die Vor- und Zunamen von rund sechzig Arbeitern.
Dann heißt es weiter:

Mit dieser Kenntnißgabe gestatten wir uns darauf hinzuweisen, daß eine vom Verband selbständiger Läufer und Ofenfabrikanten seit Mai 1889 geschlossene bindende Vereinigung gegen die Ausschreitungen der Streikbewegung sich zu behauptet hat, und mit Rücksicht darauf, daß jedes Vorgehen des einzelnen gegen die Organisation der Arbeiter wirkungslos bleiben muß, die Frage anzulegen, ob es nicht angelegentlich sein dürfte, eine feste Koalition unserer speziellen Fachgenossen anzustreben, um den immer höher gehenden Bogen der Arbeitervereinigungen einen wirksamen Damm entgegenzusetzen.
Hochachtungsvoll
Gebrüder Hubb.

Zwischen Lord Salisbury und dem russischen Vorkämpfer in London finden seit einigen Tagen längere Konferenzen statt. Daß der immer mehr sich zuspizende Konflikt Englands und Russlands in Asien, namentlich Ostasien, den Gegenstand der Verhandlungen bildet, kann als gewiß gelten. Wo die Interessen aber so scharf aufeinanderstoßen und so diametral entgegengesetzt sind, kann, wenn nicht eine der beiden Mächte endgültig auf ihre Ziele und Stellung verzichtet, günstigenfalls die Entscheidung nur noch einmal verlagert, die Katastrophe jedoch nicht abgewandt werden.

Deutsches Reich.

Die Leidensgeschichte des „Volk“.

In der „Welt am Montag“ plaudert ein Eingeweihter von der Kouliffengeschichte des Stöcker'schen „Volk“ eiliche Einzelheiten aus, die zeigen, daß dieses Zentralorgan der erhabenen Berliner Bewegung niemals recht eigentlich

existirt hat. Daß es jetzt erst stirbt, ist nur eine Formalität, es hat von Anfang an nicht gelebt. Neujahr 1889 wurde das christlich-soziale Blatt durch eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 60 000 M. gegründet. Die Hauptsumme, 40 000 M., waren Stöcker von einem süddeutschen Kaufmann aus Dax gegen die Juden zur Verfügung gestellt worden. Das andere Geld stammte fast ausschließlich aus den Kreisen der „Berliner Bewegung“. Redakteur und geschäftlicher Leiter war der später wegen Meineids zu Zuchthaus verurtheilte nachmalige antisemitische Abgeordnete Hans Leub, ein Schüler, Beirathgeber und Wahlverwandter des Freiherrn von Hammerstein. Das Aktienkapital war nach weniger denn Jahresfrist aufgebraucht. Es herrschte fortan der schönste Dalles. Junge Parteigenossen redigirten das Organ gratis, nachdem Leub entlassen war. Die den Briefkastenfragen beigelegten Marken war das einzige Geldähnliche, was einkam. Sonnabends ging man bei den wenigen oberwilligen Freunden mit dem Klingenbeutel umher: der Kaufmann Gerold Unter den Linden und der Oberstlieutenant Krug v. Nidda ermöglichten dann wohl die Auszahlung der Schecklöhne. In dieser Noth kam der rettende Mann, Jung, Millionär, Referendar und nebenbei von dem Ehrgeiz befeelt, sich politisch zu betheiligen, wenn auch nur indirekt. Dieser Reiter, Conrad Dresges mit Namen, hielt das Blatt bis heute durch, anfangs im Verein mit anderen Geldgebern, zu denen auch in erheblichem Maße die „Kreuz-Zeitung“ gehörte, dann allein. Die „Kreuz-Zeitung“ konnte bald nichts mehr geben, weil sie selbst in finanzieller Verlegenheit war. Allmählig ward auch dem rettenden Referendar seine Opferwilligkeit zu kostspielig, und so sinkt denn jetzt das welckste Blatt der Berliner Presse zu Boden.

Stöcker ist nun auch politisch-journalistisch in Berlin obdachlos geworden, er wird künftig seinen Geist zur Miete wohnen lassen müssen, der herrisch und unduldsam im eigenen Heim, die „Volk“-Redakteure nach Rücksichten und Interessen stramm kommandirte. Die Schwindsuchtsgeschichte dieses Blattes zeigt, daß sich auch mit der Lärmendebüt und strupellosesten Agitation nicht auf die Dauer eine Bewegung erhalten läßt, der das innere Daseinsrecht fehlt. Die Stöckerie gedachte einst die Sozialdemokratie abzulösen. Jene ward gehänselt durch die einflussreichsten Elemente, bis zu dem Throne hinauf; diese lag, von einer brutalen Faust überfallen, scheinbar vernichtet daneben. Während hohe und höchste Herrschaften bei Stöcker herablassend ihren Missionsthege einnahmen, wurden die Sozialdemokraten heimathlos gehetzt, infam verleumdet und in ihrer bürgerlichen Existenz zerstört. Dieweil man die salbungsvollen Traktäthen massenhaft der Bevölkerung aufdrängte, wurden die Preherzeugnisse der Bereshten unterdrückt. Und der Erfolg? Die Sozialdemokratie schreibt heute gleichmüthig die Grabchrift der „großen Bewegung“, deren „Volk“ eben niemals das Volk gewesen ist. Es ist Verunft und Gerechtigkeit in dem Wandel der Dinge, und man erlebt den Sieg der Wahrheit, wenn man nur Geduld hat und Muth und thatkräftige Begeisterung. Daß aber der spitzige Leichenprediger, dem wir die obigen Intimitäten über die inneren Verhältnisse des „Volk“ entnehmen, augenscheinlich zu einem Parteigenossen gehört, das nach dem Untergang der christlich-sozialen Rückwärtsbewegung im Augenblick den Ehrgeiz hat, die Sozialdemokratie abzulösen, zeigt, daß manche Leute sich durch die dringlichst warnenden Beispiele nicht abscrecken lassen.

Die Zuchthausvorlage.

Die offiziöse Aenderung, der Gesetzesentwurf, betreffend den Schutz Arbeitswilliger, werde in die Form einer Novelle zur Gewerbe-Ordnung gekleidet werden, wird von der „National. Corr.“ bestätigt:

Die Auslösung legt die Annahme nahe, daß es sich in der Hauptsache um die Wiederaufnahme der Vordränge handelt, welche in dem Entwurf der Gewerbe-Ordnungs-Novelle von 1891 zu dem § 153 der Gewerbe-Ordnung gemacht waren. Unseren eigenen Informationen zufolge trifft diese Annahme im allgemeinen das Richtige, wenn es auch keineswegs als ausgeschlossen erscheint, daß erheblich darüber hinausgehende Bestimmungen im Sinne der Oeynhausener Kaiserrede erst im Bundesrathe, der ja bis jetzt mit der Vorlage noch nicht befaßt ist, modifizirt werden.

Jener abgelehnte 1891er Vorschlag wollte, wie erinnerlich, besonders die Streikagitatoren für mindestens ein Jahr ins Gefängniß gesperrt wissen. Jetzt sucht man sie durch Zuchthaus abzuschrecken und mischdächtig zu machen. Die politische Bewußtlosigkeit der Stumm-Garde wird nur durch ihre Einschüchlertheit abgetroffen. Raubt man dem Arbeiter das Recht auf den Streik, so wird es bald keine Arbeitswilligen mehr geben, die angeblich zu schützen seien, da durch solche Politik das Massenbewußtsein auch der jetzt abseits stehenden Arbeiter erweckt werden muß. Durch eine Zuchthausvorlage würde ein unübertreffliches Stück Agitations- und Aufklärungsarbeit verrichtet.

Von anderer Seite wird versichert, daß im Bundesrathe selbst Widerspruch gegen die Zuchthausvorlage erhoben wird. Offenlich nicht nur von Lippe und Renz & U! Sicher scheint indessen, wie wir schon hervorgehoben haben, daß es den verantwortlichen Trägern der Regierung viel Kopfzerbrechen schafft, einen Weg zu finden, um dem Kaiser die Erfüllung seines Oeynhausener Versprechens zu ermöglichen, ohne daß doch sachlich die Tendenz jener Rede zum gezeigebereitenden Ausdruck gelangt.

Sehr nett meint der innere Wochenschauder der „Kreuz-Ztg.“, daß in der Zuchthaus-Vorlage eine „weißherzigere“ Auffassung des Koalitionsrechts“ zur Geltung komme und hofft, daß auch „diejenigen, die wir hier besonders im Auge haben“ sich zu solchem Standpunkt belehren möchten. Der Wochenschauder sagt den Begriff der Weitzherzigkeit offenbar so auf wie der frühere Chef der „Kreuz-Zeitung“.

Ermittelungen über die zweijährige Dienstzeit werden jetzt in Elsaß-Lothringen angeestellt. Von sämtlichen Regimentskommandeuren der Infanterie des 15. Armeekorps ist ein eingehender Bericht über die Erfahrungen bezüglich der Ausbildung der Mannschaften während der zweijährigen Dienstzeit eingefordert worden. Es soll auf Grund dieser Berichte eine Denkschrift ausgearbeitet werden. In den reichsländischen militärischen Kreisen sei man der zweijährigen Dienstzeit nicht sehr günstig gestimmt.

Die Denkschrift wird vermutlich dazu dienen sollen, die der Militärvorlage widerstrebenden Faktionen des Reichstages mürbe zu machen.

Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Der Justizminister hat unter dem 22. November eine allgemeine Verfügung betreffend die Behandlung der Anträge auf Entschädigung der im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochenen Personen von dem zuständigen ersten Staatsanwalt dem Justizminister mittels eines Verichts vorzulegen, welcher sich darüber auszusprechen hat: ob der Anpruch bei ihm rechtzeitig angebracht ist, ob und in welcher Höhe ein zu erhebender Vermögensschaden entstanden ist, ob durch Leistung der Entschädigung der Staatskasse nach dem Befehle vom 20. Mai d. J. Rechte gegen Dritte erwachsen und ob und in welchem Betrage deren Verfolgung voraussichtlich zu einem Erlöse führen wird. Ueber die thatsächlichen Behauptungen des Antragstellers

sind erforderlichenfalls vor der Verichterstattung Erhebungen anzustellen, über deren Ergebnis, wenn es von seinen Anträgen in erheblicher Weise abweicht, der Antragsteller in der Regel zu hören ist. Das Verfahren ist thunlichst zu beschleunigen. Die Berichte werden von dem ersten Staatsanwalt zur Weiterbeförderung dem Oberstaatsanwalt eingereicht, welcher seine Aeußerung in gedrängter Form beizufügen hat. Die Zustellung der von dem Justizminister getroffenen Entscheidung geschieht durch den Oberstaatsanwalt.

Zur Veranlassung „über sozialpolitische Fragen“ trat am Freitag im Reichstagsgebäude eine Konferenz zwischen Vertretern der Reichsregierung und Männern aus gewerblichen Kreisen zusammen. Nach dem „Berl. Neuest. Nachr.“ handelt es sich um die Beschäftigung der Arbeiter in Thomasküchelmöhlen, deren Gesundheitsbeschädigung infolge der starken Entwidlung des feinen Schlackenstaubes besondere Schutzvorschriften auf Grund des § 120a und 130a der Gewerbe-Ordnung geboten erscheinen lassen.

Landtagswahl. Bei der Landtags-Erwahl im 2. Berliner Wahlkreis wurde Redakteur Goldschmidt (fr. Sp.) mit 901 von 908 abgegebenen Stimmen gewählt.

Die „Konservative Korrespondenz“ zerbricht sich unseren Kopf über die Haltung, welche wir im Reichstag mit Bezug auf die Anweisungen einnehmen werden. Sie hat Angst vor einer Interpellation und erinnert an die Warnung Bismarck's bei einer ähnlichen Gelegenheit, daß der Reichstag nicht Konvent spielen solle. Diese Erinnerung soll abschreckend wirken, wirkt aber höchstlich als Mahnung. Wenn der Reichstag bei Zeiten „etwas Konvent“ gespielt hätte, würde es besser um die Interessen des deutschen Volkes und um das Ansehen des deutschen Reichstags.

Der Kleinkrieg gegen die Anarchisten scheint jetzt im ganzen Deutschen Reich erdrummt zu sein. So schreibt man uns beispielsweise aus Obersachsen:

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung in Rattowitz kam u. a. die Bewilligung von Kleider- und Aufwandsgeldern für den Geheimpolizisten Hausich zur Sprache. Als einer der Stadtverordneten, Rechtsanwalt Epstein, die Nothwendigkeit eines Geheimpolizisten an einem Orte wie Rattowitz überhaupt und insbesondere die Qualifikation des Hausich für dieses Amt bestritt, anfertigte der Bürgermeister Schneider, er habe von der Regierung den Auftrag, etwaigen anarchischen Umtrieben zu steuern. Bisher habe man zu diesem Zwecke einen Arbeiter benützt, mit diesem aber schlechte Erfahrungen gemacht.

Die schlechten Erfahrungen werden vermutlich darin bestanden haben, daß der betreffende „Arbeiter“ in Rattowitz absolut keine Anarchisten entdecken konnte.

Auch in Halle o. S. wittert man jetzt fürchtbare anarchische Gefahren. Folgender Polizeimittheilung ist dem Gastwirt Kaufmann, bei dem mehrere Gewerkschaften ihre Versammlungen abhalten, zugestellt worden:

„Die Schankstuben Ihres Gasthauses werden seit längerer Zeit von hiesigen Anarchisten besucht, auch dienen dieselben fortgesetzt als Versammlungsort anarchischer Zusammenkünfte. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird daher auf Grund des § 2 der Polizeiverordnung vom 15. März 1878 die Polizeistunde Ihrer Schankstuben auf 10 Uhr abends festgesetzt. v. Holtz.“

Den glaubwürdiger Seite wird uns versichert, daß seit circa vier Jahren in jenem Restaurant keine anarchische Versammlung stattgefunden hat. Eine von anarchischer Seite nach dort einberufene Versammlung war so schwach besucht, daß sie gar nicht abgehalten werden konnte, und eine Versammlung, die am Sonntag stattfinden sollte, ist verboten worden. Die anarchischen Versammlungen, die vor längerer Zeit in kleinen Lokalen stattgefunden haben, wurden stets von der Sozialdemokratie beherrscht. Wie gesagt, man merkt hier nichts von Anarchisten und trotzdem die Polizei-maßregel.

Die Hintertreppe der gedöhten Unverschämtheit. Im landwirthschaftlichen Verein zu Salzwedel-Ornamo ermahnte, nach einem Bericht der „Voll. Ztg.“ der Vorsitzende, ein Baron von Ansebed die Anwesenden, in ihren Forderungen über staatliche Beihilfe nicht beschneiden zu sein und erklärte bei dieser Gelegenheit wörtlich:

„Wenn Staatsmittel für uns in Bewegung gesetzt werden sollen, so ist die größte Unverschämtheit das beste Mittel. Da die Staatsregierung uns diese Hintertreppe geöffnet hat, müssen wir sie auch benutzen und dementsprechend hoch fordern.“

Die Salzwedel-Ornamoer Landwirthschaftsblätter müssen noch arg in der Kultur zurückgeblieben sein, daß es noch der Aufforderung zur größten Unverschämtheit bedarf. In anderen Jagdrevieren des Bundes der Landwirthe hieß es bisher schon: Ausgang nur für Herrschaften über die Hintertreppe!

Wismar und kein Ende. Das glänzende Geschäft der Stuttgarter Union hat die Verleger zu ähnlichen Thaten angeregt. Die Getreidestellen werden umgepflügt und es hebt eine nicht allzu staubfreie Mähdraht zu den Verlagsbüchern an. So sollen jetzt zu den Gedanken und Erinnerungen Bismarck's von verschiedenen Seiten Ergänzungen vorbereitet werden. Unter andern will der bekannte Bismarck-Veilschreiber v. Poschinger Landzeichnungen zu den Bismarck'schen Memoiren herausgeben. Theodor Thomas Heine wäre zu solchen Landzeichnungen der geeignete Mann, und „Wider aus dem politischen Familienleben“ wären reicher Stoff zu einem belehrenden Simplicissimus-Album.

Die „Hamburger Nachrichten“ enthalten eine Korrespondenz aus Stuttgart, welche mittheilt, daß pro Band „nur“ 100 000 M. stipulirt seien, sodas alle pecuniären Ergebnisse aus Uebererregungen und späteren Auflagen ausschließlich dem Verlage vorbehalten blieben.

Wenigstensige Nachrichten. Die „Vox della Verita“ erweist sich nicht als Stimme der Wahrheit. Das Blatt des Kardinals Rampolla hatte berichtet, daß das Grundstück Dormition in Jerusalem, das der Kaiser zum Bau einer katholischen Kirche geschenkt, eigentlich noch einem Beduinenshamm gehört. Gegenüber diesen demuthigenden Nachrichten“ wird offiziös festgestellt, daß als Eigenthümer des Grundstücks der deutsche Kaiser in das türkische Grundbuch eingetragen ist, und daß das deutsche Konsulat als Wächter über das Grundstück bestellt ist, bis der Bau der dort zu errichtenden Kirche beginnen kann. — Wen hat die Nachricht wohl verunruhigt?

Zur Fleischnoth. In den Städten, in denen sich eine Abnahme des Fleischkonsums bemerkbar gemacht hat, tritt jetzt auch die Stadt Kachen. Nach den Feststellungen der dortigen Handelskammer ist die Fleischverforgung der dortigen Bevölkerung in einem Jahre von 6 025 200 Kilogramm auf 5 886 000 Kilogramm zurückgegangen; das bedeutet einen Rückgang von mehr als 1 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Die Handelskammer beschloß, eine Anfrage des Regierungspräsidenten dahin zu beantworten, daß das allgemeine Interesse der Bevölkerung eine Freigabe der holländischen Grenze für den Viehhandel erheische. — Nicht unerwähnt darf dabei aber bleiben, daß in Kachen nicht bloß die Grenzperre sondern auch die unzeitgemähe Schlagsteuener dazu beiträgt, das Fleisch zu verkümmern. Die Stadtverwaltung weigert sich trotzdem, sie aufzuheben. Einen diesbezüglichen Antrag der dortigen Schlächterinnung gegenüber hat sie sich ablehnend verhalten.

Bestenerung der Waarenhäuser. Der braunschweigische Landtag nahm den Zusatz zum Kommunalsteuergesetz, der die besondere Heranziehung großer Waarenhäuser z. ermäßigt, an. Die Regierung stimmte zu.

Ein origineller Vorkiss gegen Professoren wird in den Breslauer Mittheilungen für Grundbesitzer empfohlen. Es heißt da: Dem geehrten Vorstand des Grundbesitzervereins möchte ich mit Erlauben, einen Vorschlag zu unterbreiten. Wir besitzen eine sogenannte schwarze Liste für diejenigen, welche den Hausbesitzer dadurch schädigen, daß sie ihn um irgendwelchen Miethbetrog pressen. Wie gering ist diese Schädigung im Vergleich zu derjenigen, welche dem gesammten Hausbesitzer

Hand durch solche Brandreden, wie Dr. Aurelia vor zahlreichen Zuhörern in der Gesellschaft für ethische Kultur vom Stapel gelassen hat, zugefügt werden. Diese Ausführungen sind doch gewiß mehr wie alles andere geeignet, die Harmonie zwischen Birth und Wischer zu stören. Würde es sich nicht empfehlen, für Katheder-Sozialisten à la Dr. Aurelia, Professor Sombart und andere eine besondere Schulstube anzulegen und es jedem Hausbesitzer zur Ehrenpflicht zu machen, dieser Sorte Volksbeglückter keine Wohnung zu vermieten? Die Herren müßten gezwungen werden, selbst ein Grundstück zu erwerben, damit sie am eigenen Leibe die Glückseligkeit des Hausbesitzers kennen lernen.

Die deutschen Hausagrarier sollten diese Anregungen entschieden beachten und das da empfohlene System noch weiter ausbauen. Wie wäre es zum Beispiel, wenn man nicht nur die sozialpolitischen Professoren, sondern vor allem sämtliche Sozialdemokraten Deutschlands hinsichtlich der Wohnungen boykottierte? Den Hausbesitzern würden dann zwar die Wohnungen leer stehen bleiben, aber bei dem bekannnten Eifer dieser Kreise in „nationalen“ Angelegenheiten dürfte diese Anregung sicherlich auf fruchtbaren Boden fallen. —

Aus Schwarzburg-Rudolstadt. (Eig. Ber.) Im Schicksal des Gemeinde-Ordnungs-Gesetzentwurfs ist im Landtage doch noch eine fest unumkehrte Wendung eingetreten. Glaubt man schon allgemein bestimmt daran, daß der Landtag die durch und durch reaktionäre Vorlage annehmen würde, so hat diese Befürchtung sich nicht bewahrheitet. Am Sonnabend wurde mit der Verabredung des Entwurfs im Plenum begonnen und hier war es speziell Genosse Kysel, der ganz energisch gegen die beabsichtigte Dreiklassenförmigkeit der Gemeindevähler protestierte. Da der Stimm des Anstößes in der Hauptsache § 48 des Entwurfs war, der die Dreiklassenwahl vorschrieb, ließ der Präsident nach der Generaldebatte sofort über diesen entscheidenden Paragraphen abstimmen; 8 Abgeordnete stimmten dafür, 8 dagegen, sodas dieselbe als abgelehnt galt. Da nun Minister v. Staud sich um sein höchstes Ziel betrogen sah, zog er sofort unter ironischem Weisfall den ganzen Gesetzentwurf zurück. Damit wäre das beabsichtigte Axiom gegen ein Wahlrecht abgewiesen und darf man nun gespannt sein auf den Wortlaut der angeforderten Vereinsgesetz-Abänderung, der eine Gleichstellung der Arbeiter mit den anderen Schichten der Bevölkerung enthalten soll. —

Kiel, 4. Dezember. (Eig. Ber.) Bekanntlich ist bei den Ausweisungen aus Nordschleswig mit Vorliebe die Praxis befolgt, um die dänisch gestimmten Staatsangehörigen zu treffen, die bei diesen in Dienst befindlichen dänischen Staatsangehörigen anzuknüpfen. Diese Handlungsweise hat nunmehr das dänische Blatt „Gjendbal“ veranlaßt, an die „deutschnormierten Mitbürger“ die Aufforderung zu richten, falls sie gewillt sind, ihre Dienstposten deutscher Rationalität gegen dänische und schwedische einzutauschen, ihre Adresse der Redaktion des obengenannten Blattes einzuliefern. Dagegen ist: „für dänischgestimmte und dänischsprechende Dienstposten, die preussische Unterthanen sind, werden besonders hohe Laufgelder gezahlt.“ Das dänische Blatt hofft auf diese Weise bis wirtschaftliche Schädigung der durch die Ausweisung ihrer Leute betroffenen dänischgestimmten preussischen Nordschleswiger zu vermeiden, und gleichzeitig auch die sonst ziemlich sicher erfolgende Ausweisung gänzlich unpolitischer Elemente zu verhindern. —

Ueber Hausdurchsuchungen bei Elsaß-Lothringischen Sozialdemokraten wird uns aus Elsaß-Lothringen unterm 4. Dezember berichtet: Die Rechtslosmachung der Arbeiterschaft im Verwaltungsbereich ist in den letzten Tagen vielgenannten Bezirkspräsidenten von Oberelsaß, Prinz Alexander v. Hohenlohe, dazwischen geschwächt fort. Nachdem vor etwa drei Wochen die Zusammenkünfte des Klubs „Vorwärts“ in Gebweiler aufgelöst worden waren und kürzlich dem neuzugewählten Arbeiterwahlverein in Colmar die polizeiliche Genehmigung verweigert wurde, überraschte man vor einigen Tagen eine Anzahl unserer Parteigenossen in Gebweiler mit Hausdurchsuchungen, auf welche dann eine Massenvernehmung aller bekannteren Anhänger der Sozialdemokratie am Orte folgte. Nach der Ansicht unseres reichsständischen Partei-Organs entbehren diese polizeilichen Maßnahmen jeder gesetzlichen Begründung und hatten nur den Zweck, der Behörde Gelegenheit zur Auffindung irgend welchen umstürzlerischen Materials zu geben, auf Grund dessen man dann eine große staatsverleideliche Aktion gegen unsere Partei hätte einleiten können. Bei den Hausdurchsuchungen, die lebhaft an die Zeit des Sozialistengesetzes erinnerten, wurden eine Anzahl Schriften, Korrespondenzen sowie das Protokoll- und Kasienbuch des Klubs „Vorwärts“ beschlagnahmt. Der Vorsitzende des letzteren hat vor einiger Zeit eine energische Weisung gegen die erfolgte Aushebung der Vereinsmitglieder an das Bezirkspräsidium gerichtet. Ist aber bis heute ohne Antwort geblieben. Der Klub ist deshalb genötigt, die oben erwähnten Maßnahmen vorläufig als eine solche zu betrachten. —

Aus Elsaß-Lothringen, 2. Dezember. (Eig. Ber.) Durch die Weigerung des neuen Bezirkspräsidenten von Ober-Elsaß, Prinzen Alexander von Hohenlohe, zu der geplanten Gründung eines Arbeiter-Wahlvereins in Colmar die erforderliche Zustimmung zu erteilen, nachdem er während der jüngsten Reichstags-Wahlbewegung als Bewerber um die Vertretung des Kreises Haguenau-Weissenburg sich als ein Gegner der Ausnahmezustände und des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen aufgestellt hatte, ist die öffentliche Aufmerksamkeit wieder einmal auf die Art und Weise gelenkt worden, wie bei uns regierungsfreundliche Wahlen zu Stande zu kommen pflegen. An der Tatsache, daß Prinz Alexander seine angebliche Gegnerschaft gegen das derzeitige Regierungssystem in den Reichslanden als Mittel zur Gewinnung von Wählerstimmen benutzt hat, werden im Lande nicht die geringsten Zweifel laut. Man betrachtet bei uns denartige Wähler geradezu als etwas Selbstverständliches, weil es völlig ausgeschlossen ist, daß in einem der 15 Elsaß-Lothringischen Reichstagswahlkreise ein Kandidat durchbringen könnte, der hinsichtlich der Bekämpfung der politischen und rechtlichen Sonderstellung unserer beiden Provinzen nicht bindende Erklärungen abgegeben hätte. Der Effekt, mit welchem die governementalen Kandidaten zu Wahlzeiten sich gegen den Verdacht zu wehren pflegen, als schlammere in ihrem Berge auch nur die geringste Neigung für unsere tief beklagten Diktaturzustände, pflegt allerdings nach der glücklichen Erregung des erstbeiden Reichstagsmandates als bald zu erkalten, während man auf der anderen Seite nicht zögert, die mit derartigen Mitteln erkämpften Wahlsiege gegen die Opposition als einen Erfolg des preussisch-deutschen Regierungssystem und Germanisationsystems anzupfeifen. Wir hegen begründete Zweifel daran, daß Prinz Alexander der Aufforderung eines Teiles der bürgerlich-oppositionellen Presse, den Fall klarzustellen und seine Stellung gegenüber den Ausnahmemaßnahmen mit dem auf Grund eben derselben Gesetze erfolgten Verbot des Colmarer Arbeitervereins in Einklang zu bringen, Folge geben wird und versprechen uns weit mehr als hiervon von der Wirkung, die eine offene und reichhaltige Kritik unserer traugrigen politischen und Rechtszustände im Reichstag auf das Urtheil ausüben dürfte, mit dem man in den recht- und freiheitlich denkenden Kreisen des deutschen Volkes dem preussischen Volksgeliste in der Verwaltung des Landes der „wiedergewonnenen Provinz“ gegenübersteht. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Konfiskiert wurde die demokratische Münchener „Freie Presse“. Die Beschlagnahme erfolgte wegen des Leitartikels „Friede auf Erden“, in dem auseinandergesetzt ist, wie die fortwährenden Missethungen der Regierungen angesichts der betonten „Abrüstungs“-Vorläge und Friedensversicherungen eine fesselhafte Ausübung der Völker darstellen. In diesen Ausführungen hat der Münchener Staatsanwalt eine Majestätsbeleidigung erblickt. — Daß man jetzt sogar in Bayern Majestätsbeleidigungen aufspürt, könnte zum Nachdenken über die Ursachen dieser plötzlichen staatsanwaltlichen Nervosität veranlassen. Sollte der sächsische Untersuchungsrichter bei seiner Abreise aus der Redaktion des „Simplicissimus“ seinen Geist in München deponiert haben? —

Wie und eine Privatbesprechung aus Rürnberg meldet, ist der verantwortliche Redakteur der „Frankischen Tagespost“, Gärtner, der sich wegen Majestätsbeleidigung heute zu verantworten hatte, vom Schwurgericht freigesprochen worden. Das Blatt hatte das Palästina-Gebicht nachgedruckt, das die große Maffia gegen den „Simplicissimus“ veranlaßt hatte, den Redakteur und Verleger des Blattes zur Flucht getrieben und dem genialen Zeichner Th. Th. Heius zu den Unnehmlichkeiten der Untersuchungshaft verholten hatte.

Wiedereinführung des Ständewesens in Sachsen.

Aus Chemnitz wird uns geschrieben: Wie die sächsischen Reaktionäre das alte bessere Landtagswahlrecht abgeschafft haben, so fürcht vor dem Wachsstum der Sozialdemokratie, so gehen sie jetzt auch in den Städten daran, das Gemeindevahlrecht zu ändern. Unter anderen Städten hat Leipzig seit längerer Zeit das Dreiklassen-Wahlrecht und jetzt soll auch in der Arbeiterstadt Chemnitz das Wahlrecht geändert werden. In Chemnitz haben unsere Genossen 17 Vertreter ins Stadtsaus gebracht und bei dieser Wahl ihre Stimmzahl, trotz dem vereinten Ansturm der Gegner, so gesteigert, daß sie im nächsten Jahre vielleicht schon die absolute Majorität der Wähler gehabt haben würden. Hingegen kommen die Antikemiten und stellen den Antrag, das Wahlrecht zu ändern, und kann ist der Antrag gestellt und eine Kommission zu seiner Verabredung gewählt, so erfahren wir auch schon, daß der neue Wahlrechtentwurf für und fertig ist. Er stellt das dar, was dem Provinzialland der Reaktion bisher noch gefehlt hat: ein Wahlsystem, das auf dem mittelalterlichen Begriff der Stände beruhend ist. In fünf Klassen sollen bei den Kommunalwahlen die Chemnitzer Wähler eingeteilt werden in fünf Abtheilungen und zwar wie folgt:

1. Allgemeine Abtheilung; enthaltend: alle Bürger, die unter nicht weiter verzeichnet sind, jedoch ein Einkommen bis zu 2500 M. und darüber haben.
2. Abtheilung: Arbeiterstand; enthaltend: alle, die der Invaliditäts- und Altersversicherung unterstehen.
3. Abtheilung: Beamten- und Gelehrtenstand; enthaltend: die approbirten Aerzte, die öffentlichen, privaten und in den Rubriken verzeichneten Beamten, die Geistlichen, Lehrer, Rechtsanwälte, alle mit einem Einkommen von über 2500 M.
4. Abtheilung: Gewerbestand; enthaltend die Handwerksmeister, die Innungs-Obermeister, die kleinen Geschäftsleute.
5. Abtheilung: Handelsstand; enthaltend: die Inhaber der im Handelsregister eingetragenen Firmen mit über 2500 M. Einkommen, sowie die Vorstandmitglieder der Aktiengesellschaften.

Dieses Wahlsystem wird in Zukunft in Chemnitz herrschen sein. Man würde es aber nicht vollständig abkonterfeien haben, wenn man nicht auch seine Wirkung schulderte. An und für sich soll der Wahltermin hinausgeschoben werden. Während jetzt die Stadtverordneten alljährlich zu je einem Drittel gewählt werden, soll dies Drittel in Zukunft erst alle zwei Jahre gewählt und das Mandat des Stadtverordneten von drei auf sechs Jahre verlängert werden. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, die Vertretung der Arbeiter, die jetzt, wie gesagt, 17 Genossen stark ist, wird auf ein Minimum reduziert werden. Während die 3900 „Allgemeinen“ neun Vertreter, die 1500 Beamte, Gelehrte, Aerzte und dergl. 12 Vertreter, die 1100 Handwerksmeister und Klein-Geschäftsleute ebenfalls 12 Vertreter, die 1400 Kaufleute (Handelsgelehrte) gar 15 Vertreter erhalten sollen, bekommen die sechstausendzweihundert wahlberechtigten Chemnitzer Arbeiter nur neun Vertreter zugesprochen!!! So sieht dieses Wahlrecht aus, der neueste rücksichtlose Versuch in Sachsen! Am wohlsten, es wird die Sozialdemokratie nicht zu schädigen vermögen, aber es zeigt uns, wie überall im Reich die Reaktion bemüht ist, jedes irgendwie liberale Wahlrecht bei Seite zu schaffen, damit sie schließlich zum letzten Schlage, zum Schlage gegen das Reichs-Wahlrecht ausziehen kann. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die unendliche Schranke. Oesterreich-Ungarn wird demnach, wie in militärischen Kreisen verlautet, ein neues Armeekorps aufstellen, und zwar wegen der weiteren Heeresvermehrungen in Deutschland und Rußland, sowie mit Rücksicht auf die gebotene natürliche Einteilung der Oesterreichisch-ungarischen Armee. — Einer beruht sich auf den anderen. Ein rast- und zwangloses Spiel des Wahnsinns. —

Budapest, 4. Dezember. Ministerpräsident Baron Banffy wird, nach einem von den oppositionellen Blättern veröffentlichten Gerücht, bis zum 15. Januar im Amte bleiben und dann durch den gegenwärtigen Ackerbauminister Dacanyl, den Vertrauensmann der Liszka, ersetzt werden. —

Budapest, 5. Dezember. Die parlamentarische Situation hat sich durch ein neues unerwartetes Ereignis weiter verwickelt. Wie nämlich in Abgeordnetensause behauptet wird, hat der Minister für Kroatien, Josipovich, an kompetenter Stelle die bestimmte Erklärung abgegeben, daß er und der aus 40 Reichsraths-Mitgliedern bestehende Klub der kroatischen Abgeordneten nicht in der Lage sei, sich über den 1. Januar hinaus in den Zustand außerhalb des Gesetzes zu begeben, wie ihn die Regierung voraussetzt, wenn die Opposition die Indemnität nicht rechtzeitig votiert, und daß er dann genöthigt wäre, für sich allein seine Konsequenzen abzuleiten. Banffy und der Banus von Kroatien haben sich vergeblich bemüht, diese so unerwartet kommende Schwierigkeit, welche die Regierung in die größte Verlegenheit bringt, zu beseitigen. —

Frankreich.

Neue Enthaltungen.

Der „Oberber“ bringt weitere Dreifus-Enthaltungen, in denen nach der „Frankfurter Zeitung“ einleitend ausgeführt wird, der Feldzug gegen Picquart werde deshalb fortgesetzt, weil der Kassationshof im Besitze von Geheimnissen sei, welche die Ehre von zehn der einflussreichsten Generalen kompromittieren. Picquart müsse deshalb zum Schweigen gebracht werden und Esterhazy habe man mit dem Röhigen verleben, damit er den Rest seines Lebens in einem fernem Lande verbringen könne. Damit sei das Geheimnis aber noch nicht begraben, noch andere wählten davon, zum Beispiel Dupuy und Freycinet.

Der mit dixi unterzeichnete Artikel selbst beginnt mit dem „geheimen Dossier“, dessen Inhalt etwa fünfzig hohen Offizieren und Ministern bekannt sei. Dieser Inhalt bestche erstens aus dem geselligen Beweise, daß Dreifus immer als Verräther thätig gewesen sei, zweitens aus Photographien von Briefen des deutschen Kaisers, drittens einem gefälschten Konzentrationsplan des fünfzehnten und sechzehnten deutschen Armeekorps, den der Generalstab um einen höheren Preis kaufte, viertens Kopien von angeblichen verrätherischen Mittheilungen, die Dreifus an fremde Mächte gemacht haben soll, fünftens Notizen über Geldsummen, die für diese Dokumente bezahlt seien. Der Artikel theilt ferner mit, daß das Nachrichtenbureau 40 000 Fr. monatlich an geheimen Fonds zur Verfügung hätte, daß mit den Zuschüssen des Ministeriums des Aeußeren und des Innern diese Summe sich bisweilen auf 100 000 Fr. monatlich beläuft.

Sechs Millionen sind in weniger als zehn Jahren ausgegeben, wer hat sie erhalten? Oberst Picquart habe sich geweigert, weiterhin für wertlose Papiere die große Summen zu zahlen. Es sei nicht die Dreifus-Angelegenheit, die den Generalstab daran hindert, den „geheimen Dossier“ auszuhändigen, es ist die Furcht, daß öffentlich bekannt werde, welcher Gebrauch mit dem Gelde gemacht wurde, das das Nachrichtenbureau zur Verfügung hatte. Picquart könnte sagen, welchem General er 8000 Francs monatlich

ausbezahlt. Der ganze Artikel läuft auf eine Anschuldigung Dreifus' hinaus.

Dreifus-Picquart. Anhänger der Revision des Dreifus-Prozesses hielten Sonnabend eine Versammlung ab. Der Saal war überfüllt, so daß die später kommenden trotz Einspruchs der Polizei ihrerseits unter freiem Himmel eine Versammlung abhielten. Die Versammlung legte unter dem Vorsitz Duclaux vom Institut de France. Die Redner, unter denen sich Allemane, der Professor der Medizin Langlois, Anatole France, Paul Reclus befanden, verlangten sämtlich die Abschaffung des kriegsgerichtlichen Verfahrens und rühmten das Vorgehen Picquart's. Allemane führte aus, in der Cavagnac-Affäre zeige sich ein neuer Boulangerismus, der die Republik zu erlösen würde, das Volk ihn den Klauen des Kriegsgerichts entreißen. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, in der die Versammlung Picquart ihre Bewunderung ausdrückte.

Der sozialistische Deputierte Paschal Groussier kündigte eine Interpellation an über die verbrecherischen Beziehungen ehemaliger und gegenwärtiger Beamten des Kriegsministeriums zu einem Royalistenblatte, welches mittels eines gefälschten Briefes zuerst Kaiser Wilhelm II., dann die russische Votchkoff und endlich die Oesterreichisch-ungarische Votchkoff in die Dreifus-Affäre hineingezogen habe.

Picquart richtete an den Kassationshof ein Gesuch um eine einstweilige Entscheidung in seiner Angelegenheit. Es stützt sich darauf, daß er gegenwärtig gemeinsam mit dem Advokaten Debois vor dem Justizpolizeigericht wegen Enthaltung derselben Schriftstücke verfolgt wird, wegen deren er vor dem Kriegsgericht erscheinen soll. Juristische Kreise halten das Gesuch für völlig begründet; die Organe des Generalstabes nennen dasselbe einen Advokatenstreich zur Hinhalten der Sache, welcher gesetzlich unzulässig sei. Jedenfalls wird der Kassationshof über das Gesuch Picquart's entscheiden müssen, weshalb die Verabredung des Prozesses wahrscheinlich ist. —

Paris, 5. Dezember. Der Senator Fabre und der Abgeordnete Jourd'heuil haben im Senat und in der Kammer ihre Interpellationen betreffend die Picquart-Affäre zurückgezogen. — Im Ministerrath forderte heute ein Mitglied, der Munizipalrath solle sich dahin verwenden, daß die Verfolgung gegen Picquart einstweilen eingestellt werde. — Dem „Etoile“ zufolge haben die früheren fünf Kriegsminister beim Kassationshofe ganz verschiedene, sich widersprechende Auslagen gemacht. Kein einziger von ihnen konnte einen definitiven Schuldbeweis gegen Dreifus vorbringen. Der „Temps“ veröffentlicht eine Liste, in welcher gegen die Vorführung Picquart's vor dem Kriegsgericht protestirt wird. Unter den Unterzeichnern der Liste befinden sich die Namen Voltaire, Barthelemy, Waldeck-Rousseau, Prudhomme und der frühere französische Votchkoff in Berlin, Habette.

Belgien.

Der Eisenbahnminister hat eine äußerst vernünftige Verordnung erlassen. Nach dieser sollen vom 1. Januar 1899 an die Löhne an die Eisenbahnarbeiter wöchentlich anstatt wie bisher zweiwöchentlich ausgezahlt werden.

Zur Herbeiführung des Proportional-Wahlsystems für die gesetzgebenden Körperschaften hat sich dieser Tage in Brüssel ein Komitee gebildet. Das Komitee, dem Deputierte verschiedener Parteien angehören, soll im ganzen Lande Agitation zu Gunsten des Proporz entfalten.

Holland.

Amsterdam, 4. Dezember. (Eig. Ber.) Die Regierung hat einen Gesetzentwurf eingereicht zur Regulierung der Arbeits- und Ruhezeiten in Fabriken und Werkstätten für erwachsene männliche Personen. Für Frauen und Kinder ist die Maximal-Arbeitszeit schon seit längerer Zeit auf 11 Stunden festgelegt. Der jetzige Entwurf schlägt auch für Männer eine Arbeitsdauer von höchstens 11 Stunden vor, jedoch nur für Wädereien und für Fabriken und Werkstätten, wo giftige Materialien entstehen oder angefertigt oder verarbeit werden, wo schädlicher Dampf oder Staub die Athmorgane verunreinigt, oder wo der Betrieb eine hohe Temperatur erfordert oder verursacht. In der begleitenden Denkschrift wird eine Regulierung der Arbeitszeit im Transportwesen in Aussicht gestellt. — Der jetzige Entwurf enthält weitere Bestimmungen, welche einen wöchentlichen Ruhetag geben, und zwar im allgemeinen den Sonntag und für Juden der Sonnabend. Wenn vier Arbeitstagen in die Nacht fallen, darf im weiteren die Arbeitsdauer nicht mehr als 10 Stunden pro Tag sein. Für Wädereien darf die Arbeitsdauer wöchentlich 17 Stunden pro Tag betragen, unter Voraussetzung, daß nach diesen 17 Stunden unmittelbar 24 Ruhestunden kommen müssen. Auch sind Bestimmungen gefaßt, die es unmöglich machen, daß derselbe Arbeiter immer Arbeitstagen in der Nacht hat. — Der Minister kann Abweichungen vom Gesetz erlassen. Er kann jedoch die Zahl der Ueberstunden und die Zahl der Tage, daß Ueberstunden gemacht werden, nicht unbeträchtlich ausdehnen. In besonderen Fällen kann der Unternehmer ohne vorherige Erlaubnis die Arbeitsdauer verlängern, jedoch nur bis auf eine bestimmte Zahl von Tagen im Jahre.

Der Minister legt in der begleitenden Denkschrift, daß eine unmittelbare Einführung des Gesetzes für alle Fabriken und Werkstätten, auch solche, welche nicht besonders gefährlich sind, unterlassen ist, weil diese eine beschränkte plötzliche Vermehrung der Zahl der Arbeitsinspektoren erheischen würde. —

Italien.

Rom, 4. Dezember. Italien wird, wie in Regierungskreisen verlautet, in Kürze einen Handelsvertrag mit Rußland abschließen.

Spanien.

Madrid, 5. Dezember. Unmittelbar nach dem Friedensschluß wird ein Nothbuch veröffentlicht werden. Sagasta wird dann der Krone die Vertrauensfrage stellen und wenn dem Ministerium ein Vertrauensvotum erteilt wird, sollen die Cortes zum 7. Januar einberufen werden. —

Türkei.

Konstantinopel, 4. Dezember. Die Admirale erhielten die Nachricht, daß die Blokade der Insel vom 5. Dezember ab aufgehoben wird. Gleichwohl wird die Einführung von Waffen und Munition nach Aetia verboten bleiben. Das französische Admiralgeschiff wird, in Begleitung von Schiffen der anderen Mächte, nach Milo gehen, um dort den Prinzen Georg von Griechenland zu treffen und ihn nach der Subaba zu überführen. —

Sien.

Japanisches Parlament. Die bei der Eröffnung des Parlaments verlesene kaiserliche Botschaft hebt hervor, daß die nötigen Vorkehrungen getroffen werden müßten, damit die neuen Handelsverträge zur Wirksamkeit gelangen, und empfiehlt Maßnahmen, um die Finanzen des Landes auf eine gesunde Grundlage zu stellen.

Partei-Nachrichten.

Erörterungen über die Taktil. In dem Parvus'schen Artikel über die aumnüthige Alternative „Possibilismus oder Realismus“, der im „Vorwärts“ vom 1. Dezember unter der Ueberschrift „Moral in der Politik“ erwähnt worden ist, hieß es am Schluß:

„Wenn man gegen eine Welt kämpft, in der man selbst steht, so heißt es vor allem, sich den Geist von dem Schmutz moralischer Sentenzen und überkommener Sentimentalitäten freizuhalten und nur durch den politischen Zweck sich leiten zu lassen. . . . Es graut einem, wie oft man jetzt in der Partei auf moralische Erwägungen stößt. . . . Moral hinten, Moral vorn, Moral auf allen Wegen, und die Moral dieser Moral ist, daß die Moral als eine leere Geldtafel erscheint, die man sich umhaut, und die selbst den schönsten Geist und den leistungsfähigsten Kopf vollkommen unentwärtig

macht... Unserer kennt nur eine Ehre, jene, die Interessen des sozialrevolutionären Proletariats rücksichtslos und schonungslos wahrzunehmen mit allen zu gebote stehenden Mitteln, mit der Feder, der Zunge, der Faust, wenn nötig, gegen alle Risiken und Liden, gegen die brutale Gewalt und gegen die Hinterlist der Gegner, was schwieriger ist, und gegen seinen eigenen Unverstand, was am schwierigsten ist."

Zu diesen Ausführungen schreibt in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, wo der Parvus'sche Artikel erschien, deren politischer Redakteur Georg Ledebour:

„Was ist denn überhaupt Moral? Der einzelne Mensch ist kein Weltkörper für sich, nach seinen eigenen Gesetzen existierend. Er ist mannigfach abhängig und bedingt von der übrigen Menschheit, umso abhängiger, je höher entwickelt seine Menschlichkeit ist. Aus dieser Abhängigkeit erwachsen ihm als Gegenleistung für das Empfangene Verpflichtungen mannigfacher Art gegenüber der ganzen Menschheit, gegenüber allerhand menschlichen Organisationen, gegenüber einzelnen Personen: die Moralgebote. Was davon handlungsbestimmend ihm in Fleisch und Blut übergegangen ist, das ist seine Moral. Es giebt also eigentlich nur besondere individuelle Moralgebote für jeden einzelnen Menschen, wie ein jeder seine besondere Moral hat. Da aber die Menschen sich bis auf geringfügige Abweichungen in vielfach gleichen Lebenslagen befinden mit anderen Menschen, mit ganzen Gruppen, Völkern, Kulturkreisen, lassen sich allgemeingültige Moralgebote aus der Fülle der Einzelerfahrungen abstrahieren, die dann als scheinbar von außen an die Menschen herantretender Moralcode mit der Autorität religiöser oder traditioneller Sanktionierung Anerkennung erlangen. Jede Menschenorganisation, jeder Kulturkreis erzeugt so seine besondere, die allgemeinen Gebote ergänzende, häufig ihnen auch widerstrebende Moral.“

Da nun auch die Menschheit, wie alles andere Seiende, sich im dauernden Entwicklungsfluß befindet, müßte konform mit dieser Entwicklung sich auch stetig der allgemeine Moralcode wie die Sondergebote einzelner Menschheitsorganisationen ändern. Aber in ihrer Autoritätslosigkeit erstarrt, pflegen sie als konventionelle Moral sich den aufkommenden neueren und höheren Moralformen entgegenzusetzen. So bildet eine Begleiterscheinung des beständigen Kulturkampfes der Menschheit der Kampf um die Moral. Besonders heftig tritt er in die Erscheinung in Zeiten allgemeiner Umwälzungen. Und da kommen dann oberflächliche Denker wie Nietzsche, denen die Erkenntnis von der Notwendigkeit der „Umwertung aller Werte“ sich aufgedrängt hat, schließlich dazu, auf jedwede Moral überhaupt „zu pfeifen“, als eine des Uebermenschen unwürdige Fessel.

Nach Neugefaltung ringt es innerhalb der Kulturmenschen mit einer Energie wie nie zuvor. Schärfer sondert sich die Interessengruppe, die für die Erhaltung des Bestehenden eintritt, von der der Vorläufer der Zukunftsgestaltung, die sich zum Emanzipationskampf des Proletariats zusammengeschaut hat. Diese Kampfschaar hat als besondere Kulturgemeinschaft eine besondere Moral evolviert, zum Teil neben der konventionellen Moral der bürgerlichen Gesellschaft, zum Teil gegen sie. Das ist die Klassenkampf-Moral des Proletariats.

Wenn die herrschende Philisternmoral so häufig in uns den nünftlichen Ekel erweckt, den keine in den Bergen anfliegen lieh: „Nur diese satte Tugend nicht und zahlungsfähige Moral!“ — so sollen wir doch nie vergessen, daß eine andere Moral uns als Leitstern zu dienen hat, eine andere Moral und eine höhere Moral.“

Gegen die Notiz, die der „Vorwärts“ wieder Parvus richtete, nimmt die Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ diesen in Schutz. Sie meint, es sei ein „unerhörter Angriff“ auf Parvus, als der „Vorwärts“ schrieb, die Parvus'sche Behauptung: „Gegen die Artillerie-Vorlage dürfte nicht agitiert werden, weil man sich durch ein Versprechen gebunden hat — Moral“, möge seinen Moralbegriffen entsprechen, siehe aber mit der Wahrheit in schroffem Widerspruch. Daß Parvus mit seiner Behauptung nicht recht hatte, giebt die Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ selbst zu, indem sie sagt, Parvus befindet sich „allerdings im Irrthum“. Nachdem inzwischen Ledebour, der politische Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, sich veranlaßt gesehen hat, Parvus eine Vorlesung über die Nothwendigkeit der Moral auch in der Politik zu halten, ist es das Gegenstück von Logik, wenn unsere Dresdener Kollegen es dem „Vorwärts“ als eine schwere Sünde anrechnen, daß er den Parvus'schen Erlaus über die Ueberflüssigkeit der Moral in der Politik ebenfalls ernsthaft genommen hat.

In einem Artikel überfährte: „Moral und Artillerievorlage“, dessen Länge den wörtlichen Abdruck verbietet und der wir dennoch „unverfälscht“ und „unverändert“ ausnehmen sollen, sucht Parvus nachzuweisen, daß ihm durch die schon erwähnte Notiz des „Vorwärts“ unrecht geschehen sei. Er schreibt u. a.: „Um mir offensündliche Unwahrheit vorwerfen zu können, begeht der „Vorwärts“ selber zwei offensündliche Unwahrheiten. Erstens, indem er mir die Behauptung unterstellt, es wäre der Verzicht gefahrt worden, gegen die Artillerie-Vorlage nicht zu agitieren. Das habe ich nicht gesagt. Zweitens, indem er behauptet, ich hätte bestritten, daß „sowohl im Parlament wie in der Parteipresse und in zahllosen Versammlungen unser ablehnender Standpunkt erörtert wurde“. Das konnte ich gar nicht sagen, da ich selbst in der Parteipresse wohl am meisten und jedenfalls von den ersten Anfängen an, als man im „Vorwärts“ noch nichts von den kommenden Dingen merkte, und bis zum letzten Ende, als man im „Vorwärts“ schon längst sich beruhigt hatte, gegen die Artillerie-Vorlage gar nichts mehr zu wünschen übrig gelassen habe, so ist das wiederum — doch wir wollen die „geschmackvolle“ Ausdrucksweise des „Vorwärts“ nicht wiederholen — eine Behauptung, die den Thatfachen ins Gesicht schlägt. Es herrschte eine Unzufriedenheit in der Partei mit der Art, wie diesmal gegen eine Militärvorlage vorgegangen wurde, man vermehrte die Einheitslichkeit der Agitation, die nötige Energie.“

Parvus kommt dann auf die bekannten Vorgänge in der Budgetkommission zu sprechen und meint:

„Inzuletzt ist es mir nie eingefallen, den Vorschlag zu machen, das gegebene Versprechen nicht zu halten. Was ich forderte, ist nur, daß man die größte Vorsicht beobachte, bevor man ein politisches Versprechen eingibt. Ferner war ich der Meinung, daß es Mittel und Wege gab, die Regierung selbst zur Lästung des Geheimnisses zu zwingen. Die Regierung selbst hat das Geheimnis der Artillerie-Vorlage durch die Rhyth offizieller Notizen, mit denen sie in der bürgerlichen Presse für die Vorlage Stimmung zu machen suchte, verlegt. Würde man sie über die offiziöse Propaganda interpellirt haben, so hätte sie offen Farbe bekennen müssen. Das that man aber nicht. Indem ich wohl zugab, daß es Fälle geben kann, wo es zweckmäßig ist, an vertraulichen Sitzungen theilzunehmen, warnte ich davor, diesen Dingen eine übertriebene Bedeutung beizulegen. Die Weltgeschichte wird nicht in geheimen Konventikeln gemacht, auch wenn Minister dabei sind. Dagegen liegt die Gefahr nahe, daß die Vertraulichkeit von der Regierung mißbraucht wird gerade zu dem Zwecke, um die ihr unbecommene öffentliche Agitation möglichst zurückzuhalten. Nach meiner Meinung war das schon bei der Artillerievorlage die eigentliche Absicht der Regierung.“

Hierbei beruft sich Parvus auf das, was er auf dem Hamburger Parteitag im Jahre 1897 zu dieser Angelegenheit geäußert hat. Darum handelt es sich aber in dem vorliegenden Falle gar nicht, sondern um das, was Parvus in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ am 30. November 1898 gesagt hat. Man vergleiche das Zitat am Eingange dieses Artikels und man wird zugeben, daß wer sich auf den darin kundgegebenen Standpunkt herunterpolitiert hat, jedenfalls kein Recht hat, sich zu beklagen, wenn man ihm scharf entgegentritt.

Auf die Parvus'sche Erwiderung eingegangen, erübrigt sich um so mehr, als die „Sächsische Arb.-Ztg.“, die den Parvus'schen Artikel brachte, selbst erklärt, daß sich dessen Verfasser in der vorliegenden

Sache „allerdings im Irrthum befindet“. Klüßlicher wäre es gewesen, wenn die „Sächs. Arb.-Ztg.“ dieses Urtheil gleich bei der Veröffentlichung des Parvus'schen Artikels geäußert hätte.

Und Amerika. Das englische Partei-Organ „The People“ erscheint seit Anfang November in einer Auflage von über 10.000 Exemplaren. Die Zahl der festen Abonnenten betrug nach dem letzten Bericht 10.305.

Totenliste der Partei. Ein Veteran der Partei, der am 2. Februar 1892 geborene Zimmermann Josef Fianke, wurde Sonntag unter zahlreicher Theilnahme der Genossen und Genossinnen in Reichenbach in Schlesien zu Grabe getragen. Fianke, der stets seine volle Kraft in den Dienst der Partei gestellt hatte, war schon in den sechziger Jahren als Bevollmächtigter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Langenbielau für die Partei thätig. Die Genossen werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Vollzeitliches, Gerichtliches etc.

— Vor dem Schöffengericht in Halle a. S. war unser Kollege, der Reichstags-Abgeordnete Fritz Kunert, angeklagt, bei der Reichstagswahl drei angeblich unerlaubte Versammlungen abgehalten und dadurch das Vereinsgesetz übertreten zu haben. Auf den Einwand Kunert's beschloß das Gericht die Einstellung des Verfahrens, da die Sache verjährt ist.

— Der verantwortliche Redakteur des lokalen Theils der Mannheimer „Vollstimme“, Genosse Herzberg, wurde, wie uns befehrt wird, wegen Privatbeleidigung in Untersuchungshaft genommen.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Bukau und Ems-horn wurden die Kandidaten der Gewerkschaften gewählt.

In Erfurt haben die Steinbildhauer bei der Firma Walthier nach nahezu dreiwöchentlichem Ausstand die Arbeit wieder aufgenommen. Die Firma hat die Abschaffung des Akkordsystems zugestanden und einen Minimallohn von 6 Mark pro Tag bei achtstündiger Arbeitszeit bewilligt.

Die Leipziger Maurer haben auf grund der Vereinbarungen, die nach dem letzten Streit mit den Unternehmern getroffen wurden, vor kurzem mit dem Bauarbeiter-Verband eine Sitzung gehabt, in der die Forderungen der Arbeiter zur Besprechung gelangten. Die Delegirten der Maurergesellen haben folgende Forderungen geltend gemacht:

1. Festsetzung von Minimallöhnen für Bauarbeiter. 2. Herstellung von Neubauten, wie sie seit langer Zeit von den Maurern gefordert werden. 3. Wie stellen sich die Unternehmer zu einem gemeinsamen Arbeitsnachweis? Bezüglich der Forderung unter 1 wurde den Delegirten die Theilnahme gemacht, daß ein Minimallohn für Bauarbeiter von seiten des Arbeitgeber-Verbandes schon seit langem beschlossene Sache sei. Er beträgt gegenwärtig 38 Pf. pro Stunde. Jedoch soll in einer Versammlung des Arbeitgeber-Verbandes darüber verhandelt und ein Minimallohn für Bauarbeiter anderweit festgesetzt werden. Der Forderung unter 2 gegenüber wurde erklärt, daß dies dem einzelnen Unternehmer überlassen bleiben soll, wie die Neubude hergestellt wird. Jedoch sollten Verbesserungen von seiten der Maurer über die Neubauten zunächst an den Delegirten Jacob gemacht werden. Er soll sich mit dem betr. Unternehmer in Verbindung setzen und Verbesserung fordern. Wenn dies nichts nützt, dann soll Jacob dem Arbeitgeber-Verband von der Beigerung des betr. Unternehmers Theilnahme machen. Ueber die Anregung unter 3 fand eine Aussprache nicht statt, jedoch versprochen die Unternehmer, in ihren Verhandlungen darüber zu verhandeln und das Ergebnis später mitzutheilen.

Ueber die Lohverhältnisse im Ruhrbergbau schreibt der „Verglapp“, das Organ des Gewerbevereins: „Wenn auch im Laufe der letzten anderthalb Jahre der Lohn fast stetig etwas gestiegen ist, wovon wir nach jedesmaliger Bekanntgabe der statistischen Bergarbeiterlöhne mit Begeisterung Notiz genommen haben, und der Lohn auch gegenwärtig eine Höhe erreicht, die in den letzten 20 Jahren nicht erreicht wurde, so ist doch auch für die Ruhr-Bergleute die Lohnfrage noch offen, nicht gelöst. Der zur Zeit verdiente Bergmannslohn entspricht trotz seiner normalen Höhe nicht der Begehrtheit, dem Werthe der geleisteten Arbeit und der durch diese Arbeit bedingten Lebenshaltung. Er reicht nicht hin zum standesgemäßen Unterhalte einer mittleren Familie, ist aber sicher kein vollständiger Familienlohn, oder ein Lohn, der es dem Arbeiter unter normalen Verhältnissen gestattet, Ersparnisse zu machen, um sich ein kleines Eigenthum zu erwerben, den kleineren Mittelstand zu vergrößern, was ja vom Standpunkte der Billigkeit und Nationalökonomie das zu erstrebende Ziel in der Lohnfrage ist. Die äußerst günstige Konjunktur und die damit verbundenen hohen Unternehmergewinne ließen sich ganz gut eine weitere Erhöhung der Löhne zu, wenn auch nicht verlangt werden darf, daß einzelne Unternehmen nicht so viel Gewinn abwerfen. Alles in allem genommen ist eine weitere Aufbesserung der Bergarbeiterlöhne wünschenswerth, und wir möchten im Interesse des sozialen Friedens die Arbeitgeber dringend mahnen, diese Frage nicht so kurzer Hand abzuweisen.“ Der „Verglapp“ empfiehlt dann die langsame aber stetige Steigerung der Löhne und bemerkt, daß die christlichen Bergarbeiter jetzt von einem Streit nichts wissen wollen. — Ob die Wahrung des „Verglappens“ bei den Unternehmern auf fruchtbaren Boden fallen wird, ist sehr zu bezweifeln. Mit der Steigerung der Löhne verhält es sich im allgemeinen auch anders als der „Verglapp“ annimmt. Der durchschnittlich höhere Verdienst der Bergleute ist vielmehr auf Konto der Ueberstunden und dauernden regelmäßigen Arbeit, die bei dem stottern Geschäftsgang gefordert wurde, zurückzuführen, als auf allgemein höhere Entlohnung. Wenn hier und da Lohn-erhöhungen eintreten, so sind sie äußerst minimaler Art gewesen.

Ausland.

Aus Holland wird uns geschrieben: Der einmal sehr starke Bund für Eisenbahn-Angestellte „Stoeds voorwaarts“ (Zimmer vorwärts), welcher in letzter Zeit eine Hochburg des Nieuwenhuis'schen Anarchismus geworden war, hat jüngst seine Berrichtungen eingestellt und ist damit als aufgehoben zu betrachten. Es ist dies ein Zeichen des sehr schnellen Rückgangs der anti-parlamentarischen Strömung unter den holländischen Arbeitern. Dagegen ist der Niederländische Verein für Eisenbahn-Angestellte, welcher vornehmlich von unseren Parteigenossen geleitet ist, in fortwährendem Aufschwung begriffen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 5. Dezember. (W. T. U.) Senat. Der Senator Morellet verliest seinen Bericht über den Antrag Waldeck-Rousselle, in welchem empfohlen wird, diesen Antrag, welcher dem Kassationshof das Recht beilegen will, die Verurteilung aller Strafverurtheilungen zu verfügen, welche einer eingeleiteten Revision Hindernisse bereiten könnten, in Erwägung zu ziehen. Morellet beantragt die Dringlichkeit. (Beifall und Proteste.) Marcère bekämpft die Dringlichkeit. Waldeck-Rousselle erklärt, sein Antrag sei durchaus nicht revolutionär und bezwecke nichts Anarchisches, derelbe wolle lediglich die gerichtlichen Befugnisse gesetzlich und endgültig feststellen. (Beifall.) Ministerpräsident Dupuy erinnert an seine früheren Erklärungen und wiederholt, daß es ihm scheint, als handele es sich um ein Gelegenheitsgesetz. (Beifall.) Bei der darauf vorgenommenen namentlichen Abstimmung über die Dringlichkeit wird letztere mit 129 gegen 125 Stimmen abgelehnt.

Der Senat nahm sodann den Antrag auf Abschaffung der Oeffentlichkeit der Vollstreckung von Todesstrafen an.

Paris, 5. Dezember. (W. T. U.) Der Deputirte Journière hat angeführt des von dem Verteidiger Biquart's abgefaßten Gesuches Biquart's betreffend die Zuständigkeit der Richter, seine Interpellation bis zur Entscheidung der Frage über die Kompetenz der Richter verlag. Ebenso hat der Senator Fabre seine dieselbe Angelegenheit betreffende Interpellation zurückgezogen. — Mehrere sozialistische Deputirte werden in der Deputirtenkammer einen Antrag einbringen, nach welchem Verurtheilungen gegen Entscheidungen des Kriegesgerichts in Friedenszeiten stets bei dem Kassationshof eingeleitet werden können.

Rom, 5. Dezember. (W. T. U.) In vatikanischen Kreisen verlautet, daß Don Carlos das vom Papste unterstützte Anerbieten der Königin-Regentin von Spanien, durch eine Heirat seines Sohnes Jaime mit der Infantin von Asturien eine Versöhnung der beiden Dynastien herbeizuführen, abgelehnt habe.

Rom, 5. Dezember. (W. T. U.) Wie gemeldet wird, soll sich die Anarchistenkonferenz gegen die gegenseitige Verpflichtung zur Auslieferung ausländischer Anarchisten ausgesprochen haben, dagegen sollen scharfe Maßregeln gegen die anarchische Presse akzeptirt worden sein.

Rom, 5. Dezember. (W. T. U.) Deputirtenkammer. Bei der Beratung über ein Darlehen von einer Million Lire für die provisorische Verwaltung Areta's erwidert Canavaro auf die Ausführungen verschiedener Redner, trotz seines bescheidenen Inhaltes fühle der Gesetzentwurf darauf hin, die Interessen Italiens am Mittel-Ländischen Meere zu wahren. Es sei ein Irrthum, zu behaupten, daß dieser Gesetzentwurf nur einen scheinbaren Sieg Italiens und dagegen einen wirklichen Sieg Rußlands bedeute. Der Minister des Auswärtigen Canavaro schließt seine Ausführungen mit der Versicherung, Italien habe sich weder auf Areta noch irgendwo anders von dem Dreieck getrennt. „Wir unterhalten“, sagt Canavaro, „zu unseren Verbündeten die besten Beziehungen. Wenn Oesterreich und Deutschland glaubten, in dieser Angelegenheit einen abweichenden Weg einschlagen zu sollen, so geschah es wegen ihrer besonderen Interessen, welche keineswegs die Herzlichkeit der internationalen Beziehungen berühren.“ Die Kammer genehmigte darauf mit 100 gegen 45 Stimmen das Darlehen für Areta.

Madrid, 5. Dezember. (W. T. U.) In militärischen Kreisen ist man über die Sondirung, welche das englische Geschwader gegenwärtig vor Ceuta vornimmt, sehr beunruhigt. Man befürchtet einen Gewaltstreik Englands gegen Ceuta.

New-York, 5. Dezember. (W. T. U.) Am unteren Broadway kam vergangene Nacht eine Feuersbrunst aus, die in drei Stunden mehr als eine Million Dollars Schaden anrichtete. Von dem Gebäude der Home-Lebensversicherungs-Gesellschaft, einer der modernsten feuerfesteren Bauten, wurde die obere Hälfte zerstört. Ehe das Feuer auslosete, wurden drei starke Kanäle, die wahrscheinlich von einer Gasexplosion herrührten, vernommen.

Washington, 5. Dezember. (W. T. U.) In der Botschaft des Präsidenten Mac Kinley, mit welcher heute der Kongreß eröffnet wurde, heißt es, trotz der durch den Krieg erforderlich gewordenen Erhöhung der Lasten erfahre das Land sich eines sehr befriedigenden, ständig wachsenden Wohlstandes, der sich in dem Geschäftsumfang darthue, welcher den nachweislich höchsten Stand erreichte. Der Krieg mit Spanien bilde den Hauptinhalt der Botschaft. Der Präsident betont, daß es Spanien nicht gelänge sei, auf Cuba den Frieden herzustellen, und gedenkt der „Glorie von Maine“, während dieses Schiff sich in Ausführung einer internationalen Hilfsmission befand. Nachdem der Präsident feststellt, daß die Räumung Cuba's nicht vor dem 1. Januar beendet sein könne, fügt er hinzu, er verschiebe die Erörterung über die Frage der Verwaltung der neuen Besitzungen bis nach der Ratifikation des Friedensvertrages; inzwischen werde die gegenwärtige Militärherrschaft bestehen bleiben, bis Ruhe und eine ständige Verwaltung hergestellt seien. Der Präsident betont sodann die Nothwendigkeit, wechselseitige Handelsbeziehungen mit den Kubanern zu unterhalten, ihre Industrie zu ermuthigen und ihnen beizustehen bei dem Bemühen, eine freie, unabhängige Regierung zu bilden, welche im Stande ist, alle internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und den Frieden unter allen Bewohnern der Insel zu fördern.

In betref des Grenzstreites zwischen Chile und Argentinien bemerkt Mac Kinley, daß die Verhandlungen, die Angelegenheit einem Schiedspruch der Königin von England zu unterbreiten, zum Abschluß gekommen seien. Sodann heißt es weiter, der Bericht der Nicaragua-Kommission werde in kurzer Zeit dem Kongreß unterbreitet werden. In Erwägung, daß eine Konzeption von seiten Nicaragua's und Costaica's an die Kanalgesellschaft besteht, erklärt Mac Kinley, daß Erwägungen der Zweckmäßigkeit und der internationalen Politik die Aufrechterhaltung des status quo erforderlich machten, bis die Kanalkommission ihren Bericht vorgelegt und der Kongreß endgültig die ganze Angelegenheit erledigt habe. Die Vorkaufs fähig fort, die Vereinigten Staaten seien gleichgültiger Zuschauer bei den außerordentlichen Ereignissen in China geblieben, durch welche Theile von China's Seeprovinzen unter die Verwaltung verschiedener europäischer Mächte gekommen seien. Aber die Rechte der amerikanischen Staatsbürger und der Bedarf an Hauptprodukten Amerika's, welcher sich in jenen Gegenden herausgebildet habe, dürften nicht durch ausschließende Behandlung seitens der neuen Besitzer geschädigt werden; dies erparde dem Lande die Nothwendigkeit, handelnd aufzutreten. Die Stellung Amerika's unter den Nationen, welche weite Küsten am Stillen Ozean haben und beständig ihren direkten Handel nach dem ferneren Orient ausdehnen, gebe ihm das Recht zu der Forderung, daß es in dieser Hinsicht berücksichtigt und freundlich behandelt werde. Es solle sein (des Präsidenten) Streben sein, die großen Interessen Amerika's in jener Gegend mit allen Mitteln zu wahren und zum Gegenstand der ständigen Politik der Regierung zu machen. Mit bezug auf die Verpachtung von Klanshou, Weihaiwei, Port Arthur und Tientsin, und mit bezug auf die Verleihung, daß diese Häfen dem internationalen Handel offen sein sollen, erklärt Mac Kinley, wenn keine unterschiedliche Behandlung der amerikanischen Staatsbürger und ihres Handels dort sich herausstelle, so würde wohl dem Wunsche der amerikanischen Regierung Genüge geschehen.

Die Verhandlungen mit den anderen Nationen schritten vor. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit Deutschland seien im Gange. Bitterweise werde keine Wäße gespart, um Deutschland zu überzeugen von der Gröndlichkeit der Aufsicht über die für die Ausfuhr bestimmten Schweine-Produkte. Der Präsident vertraut, daß die wirksame Durchführung dieser Maßnahme des Landwirtschafts-Departements als Garantie für die Gesundheit der Schwearen anerkannt werde. Man sei ferner bemüht, Deutschland und die Schweiz zu veranlassen, in der Absperrung gegen die Einfuhr getrodneten Feilsche Erleichterungen einzutreten zu lassen; denn nachweislich würden die Früchte unter Umständen getrodnet, welche die Existenz jedes Lebewesens unmöglich machten.

Dann spricht die Botschaft von den Beziehungen zu Großbritannien, welche fortwährend höchst freundliche seien. Eine günstige Lösung der schwebenden Unterhandlungen bezüglich Kanada's werde dem Präsidenten besondere Genugthuung gewähren. Mit bezug auf den Vorschlag des Kaisers von Rußland zur Begrenzung der Räumungen sagt die Botschaft, angeführt der Thatfache, daß die aktive Wehrmacht der Vereinigten Staaten so beträchtlich kleiner, als die jener Mächte, an welche Kaiser Nikolaus seinen Anlauf gerichtet, sei die Frage für Amerika nicht von erheblicher praktischer Bedeutung, außer daß sie einen guten vorbeigehenden Schritt auf dem Wege zur Verbesserung der wohlwollenden Beziehungen unter den Mächten bezeichne; indeß komme es den Vereinigten Staaten zu, einem so wohlthätig wirkenden Plane ihre Unterstützung zu leisten. Die Botschaft geht hiernach zur Besprechung der Finanzlage über. Sie betont schließlich nachdrücklich die Wichtigkeit einer ständigen Verneuerung des Heeres und billigt die hierauf bezüglichen Vorschläge des Kriegssekretärs Alger, ebenso wie den vom Marinesekretär Long befürworteten Bau von drei neuen Schlachtschiffen und zwölf Kreuzern.

Kohales.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Reichstags-Wahlkreis. Am Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet in der „Aramia“ (Taubenstraße) der vom Wahlverein des ersten Wahlkreises veranstaltete Vortrag mit Lichtbildern statt. Zur Aufklärung gelangt das Anstellungsstück „Der dunkle Erdteil“; im Anschluss daran Chronoskop von Jves, Photographien in natürlichen Farben. — Sillits 40 Pf. sind bei folgenden Genossen zu haben: Nörisch, Lindenstraße 35; Petermann, Ritterstr. 49; Taterow, Kamenstr. 26; Wätner, Feilnerstr. 11. Um zahlreiche Beteiligung bitte!

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Die Generalprobe des Soubors mit Orchester (zum Stiftungsfest) findet Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Saale der Brauerei Friedrichshain statt.

Beim Gewerbegericht Berlin

gingen 1897/98 (bzw. 1896/97) 13 405 (13 249) Klagen ein, — ohne 278 (320), die unvollständig waren oder nicht vor dieses Gericht gehörten. Noch vor dem 1. Termin wurden 678 (877) Klagen erledigt, so daß für die Rechtsprechung 12 827 (12 872) Prozesse blieben. Daß gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Klagen nur wenig gestiegen, die Zahl der für die Rechtsprechung geliebten Prozesse trotz der Zunahme der Bevölkerung sogar etwas zurückgegangen ist, das glaubt der Vorsitzende des Gewerbegerichts in seinem eben erschienenen Bericht pro 1897/98 wiederum mit darauf zurückzuführen zu dürfen, — infolge der fortgesetzten Verlegungen der Parteien vor Gericht — die Kenntnis der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen in den interessierten Kreisen zugenommen habe. Von den Prozessen wurden erledigt: durch Vergleich 6723 (6123), Verzicht 2 (1), Jurisdiktion 2734 (2742), Anerkenntnisurteil 81 (58), Versäumnisurteil 1042 (1174), andere Endurteile 1814 (2255), von letzteren mit Beweisaufnahme 1227 (1419), ohne Beweisaufnahme 587 (898); noch unerledigt blieben 481 (519). Die Zurücknahme erfolgte größtenteils wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichts; der Verfasser des Berichtes fordert daher (wie schon in Nr. 282 des „Vorwärts“ mitgeteilt wurde), von neuem die Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte. Auf die acht Kammern kamen von den Prozessen: I. Schneiderei und Näherei 2633 (2657), II. Textil-, Leder-, Kugelnindustrie 1002 (955), III. Bay 1645 (2099), IV. Holz- und Schiffsstoffe 1355 (1225), V. Metall 1424 (1290), VI. Rohring, Weherzeugung u. s. w. 2466 (2171), VII. Handel und Verkehr 1371 (1529), VIII. Allgemeines 881 (928). Wie man sieht, ist die Verminderung der Gesamtzahl der Prozesse im wesentlichen durch den bei den Kammern III und VII eingetretenen Rückgang — um 448 bzw. 152, d. h. 21 1/2 bzw. 10 pCt. — zu erklären. Bei anderen Kammern hat aber eine Vermehrung stattgefunden, namentlich bei IV, V, VI um 180, 134, 295, d. h. 10 1/2, 10 1/2, 13 1/2 pCt. Augenscheinlich hängt die Vermehrung oder Verminderung der Prozesse doch weniger von der Gesetzeskenntnis des Publikums als von anderen Umständen ab. Zu der auffälligsten starken Verminderung der Schifferklagen, von 119 auf 47, bringt der Bericht selber einen anderen Erklärungsversuch: es erweise nicht ausgeschlossen, daß die Hauptursache der sehr milde Winter sei, durch den eine Störung der Binnenschifffahrt fast ganz vermieden und den Schiffen mehr Arbeitsgelegenheit mit befriedigenden Löhnen geboten worden sei. — Streitgegenstand war: rückständiger Lohn bei 7448 (7488) Prozessen, Entschädigung wegen unredigter Entlassung bei 5334 (5298), Aufstellung eines Arbeitszeugnisses bei 347 (277), Anrechnung des Krankenversicherungsbeitrags bei 10 (12), Auflösung oder Fortsetzung des Lehrverhältnisses bei 79 (59), Konventionalstrafe bei 5 (22), Schadenersatz bei 344 (326), Herausgabe von Arbeitsbüchern, Werkzeug u. s. w. bei 406 (405), Wiederaufnahmen der Arbeit bei 23 (19), Herausgabe von Kauttionen bei 25 (58). In diesen Fällen wurden gleichzeitig mehrere dieser Ansprüche geltend gemacht. Geldansprüche kamen 13 197 (13 096) mal in Frage, 6290 (6054) mal bis 20 M., 4634 (4525) mal 20—50 M., 1775 (1847) mal 50—100 M., 588 (670) mal über 100 M. Das Minimum war 20 Pfennig (Vorjahr: 50 Pfennig), das Maximum 3557 (3713) Mark. Die Dauer der Erledigung war: bis 1 Woche bei 1770 (2254) Klagen, 1—2 Wochen bei 5510 (6543), 2—3 bei 2721 (2490), 3—4 bei 1635 (906), über 4 bei 1769 (650). Von Arbeitnehmern wurden 12 837 (12 690) Klagen angehängt, darunter 2720 (2542) von weiblichen. Davon kamen 1732 zum kontradictorischen Urteil, und von diesen wurden 586 — 39 1/2 pCt. (Vorjahr: 14 1/2 pCt.) vom Kläger gewonnen. 568 (559) Klagen wurden von Arbeitgebern angehängt, 53 davon kamen zum kontradictorischen Urteil, und von diesen wurden 41 — 77 pCt. (Vorjahr: 36 1/2 pCt.) vom Kläger gewonnen. Der Bericht sagt, diese Zahlen „dokumentieren den völlig neutralen Standpunkt unserer Weisiger beider Kategorien, Arbeitgeber sowohl wie Arbeitnehmer, und werden in Zukunft diejenigen ein für allemal bestimmen machen, die mit der aus der Luft gegriffenen Behauptung sich hervorwagten, daß auf den Gewerbegerichten die Arbeitnehmer „mehr Recht“ bekämen wie Arbeitgeber“. Solche Behauptungen seien „nur der Ausfluß unläuterer Bestrebungen“.

Berliner Grundbesitz. Aus einer im „Grundbesitz“ erschienenen Reihe von Artikeln über den Berliner Grundbesitz entnehmen wir folgende allgemein interessante Daten: Das Reichsbild von Berlin hat einen Gesamtflächeninhalt von 6339 Hektar; das sind 63 Quadrat-Kilometer, nach früheren Maßnahmen 4 1/2 Millionen Ruten oder 25 000 Morgen, oder 1 1/2 Quadratmeilen. Von dieser Fläche ist ungefähr der fünfte Teil noch ungebaut und kann bebaut werden. Ungefähr ein zweites Fünftel wird von Parzellen (zum Beispiel Thiergarten mit 2 1/2 Millionen, Friedrichshain 520 000, Humboldthain 350 000, Veltenerpark 296 000 Quadratmeter), Gärten und Rangirbahnhöfen, Kirchhöfen, Erzieranlagen u. s. w. in Anspruch genommen, so daß rund 39 000 000 Quadratmeter für die eigentliche Stadt in ihren jetzigen bebauungsgrenzen verbleiben. Hieron entfallen auf Wasser 1 896 000, Straßendam 5 402 700, Bürgersteige 3 615 208, öffentliche Plätze 2 108 783 und auf 24 370 Grundstücke 25 979 300 Quadratmeter. Unter den mehr als 100 öffentlichen Plätzen hat der Königsplatz 120 000, Lustgarten 42 000, Bendarmarkt 45 000, Mariannenplatz 50 000, Louiseplatz 28 000, Pariserplatz 14 500, Dönhofs-, Veltener-, Allianceplatz, Leipziger Platz, Astanischer Platz je 12 000 Quadratmeter. Unter den 24 370 Grundstücken gehören 810 der Krone, dem Staate und den verschiedenen Behörden, 810 der Stadt, 28 260 sind in Privatbesitz. Rechnet man diese Grundstücke mit 9 296 000 Quadratmetern von der Gesamtfläche ab, so ergibt sich für die verbleibenden Grundstücke 16 683 000 Quadratmeter oder durchschnittlich 725 Quadratmeter. Der Verfasser giebt auf grund umfassender Berechnungen die Summe von 6 181 556 327 M. als tatsächlichen Wert der 28 260 in Privatbesitz befindlichen bebauten Grundstücke im Reichsbild Berlins an. Diese 6181 Millionen bilden die Unterlage oder Sicherheit für die eingetragenen Hypothekenschulden im Betrage von 4400 Millionen Mark.

Das der evangelische Pastor Hülle die von ihm durch den „Christlichen Zeitschriften-Verein“ herausgegebenen Schriften mit infamen Verleumdungen der sozialdemokratischen Partei anfüllt, mag hingehen angesichts des Umstandes, daß diese Verleumdungen am Ende der von diesem „Wiedermann“ vertretenen Sache, keineswegs aber der Sozialdemokratie Schaden zugefügt haben. Viel schlimmer, als durch die arbeitserfindlichen Schriften und Flugblätter, an denen nur ganz dornichte Unternehmer ihre Freude haben können, wirkt der „Christliche Zeitschriften-Verein“ durch die

Art und Weise, wie er das Gemüth unschuldiger Kinder auf das Geschlechtsleben aufmerksam macht. Vor und liegt die Nr. 7 einer unter dem Titel „Konfirmationsglocken“ erscheinenden Traktatensammlung, als deren Herausgeber Prediger Hülle in Berlin und Pastor Mahler in All-Jahrbuch zeichnen. Darin ist das Thema „Du sollst nicht ehebrechen“ behandelt.

In den einzelnen Artikeln werden die Konfirmanten und Konfirmantinnen darüber aufgeklärt, daß die Ehe „ein Bund zwischen Mann und Weib zu voller Lebens- und Liebesgemeinschaft“ ist. Danach wird ihnen mitgeteilt, daß in unserer Zeit so vielfach Ehedbruch stattfindet und speziell den Konfirmantinnen als höchstes Gut, was sie mit in die Ehe bringen können, u. a. ein „unbeflehtes Leib“ gepriesen. Damit aber auch die Konfirmanten nicht zu kurz kommen, wird erzählt, wie ein Vater seinen zur Unzucht neigenden Sohn in das Spital führt, in welchem Geschlechtskrankheiten liegen, sodas der Sohn durch den Anblick der schrecklichen Krankheiten von seiner sündhaften Reigung geheilt wird. Um die Kinder zu recht intensiver Beschäftigung mit diesem so passenden und interessanten Thema zu veranlassen, sehen sich die Herausgeber genötigt, folgende Preisfrage zu stellen:

Wie sieht es mit der Ehescheidung auf grund der heiligen Schrift?

Drei Kinder, welche die Preisfrage richtig beantworteten, erhalten jedes ein Pfändchen. Sie werden aus der Zahl der richtigen Antworten ausgelost.

Nach solchen Leistungen ist es wohl geboten, daß die Eltern, welche ihre Kinder in den Konfirmations-Unterricht schicken, über die von dort mit nach Hause gebrachten Traktatchen eine fleißige Kontrolle ausüben. In Fällen, wo man derartige Dinge, wie die in Hülle'schen „Konfirmationsglocken“ enthaltenen entdeckt, wäre eine sehr energische Verfolgung beim Pastor im Plage.

Ämtliche und halbamtliche Blätter Arm in Arm mit einem Betrüger und Ehrabschneider: das ist ein der heutigen Ordnung in der Reichshauptstadt Schauspiel. Den Lumpazius Ernst Fischer schließt jetzt auch die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihr Netz, indem sie aus dem offiziellen „Dresdener Journal“ eine Annonce für die neueste Verleumdungsschrift des Reiches abdruckt. Zur Kennzeichnung der Niedertracht, mit der die genannten Blätter das Ehrgefühl der Arbeiter zu verletzen suchen, geben wir aus der Annonce folgende Stelle wieder: „Zu wünschen ist, daß dieses für wenige Pfennige käufliche Schriftchen von allen Arbeitern gelesen werde. Einem aus ihrer Mitte werden sie vielleicht eher Glauben schenken, als den wohlmeinenden Warnungen der Arbeiterfreunde aus anderen Kreisen.“

Das greift fast an die Kühnheit der Stumm'schen „Post“, die den wegen Eigentumsvergehens und schwerer Körperverletzung mehrfach ins Gefängnis gesteckten Korbmacher Fischer als „einfachen Arbeiter“ bezeichnet, den zu unterjügen eine „Ehrenpflicht“ sei. Die Arbeiter, und zwar nicht allein diejenigen, die zur Sozialdemokratie zählen, werden sich die unanständige Unterstellung, daß der Fischer einer der übrigen sei, ganz energisch verbitten und in der Gemüthung darüber, daß ihren bourgeoisen und junkerlichen Feinden keine christlichen Proletarier als Heilsbringer zur Verfügung stehen, dies Muster-Exemplar ganz so wie es da ist mit Vergnügen den Gegnern überlassen.

Nebenher bemerken wir, daß die neueste Annonce für Fischer in einem Stück auch unsere Verfall hat, nämlich in der Ueberschrift. Diese lautet: „Die Leitung der Sozialdemokratie eine Schredensherrschaft“. Die beiden ordnungsmäßigsten Blätter haben Recht; für Betrüger und Ehrabschneider vom Schlage des Fischer ist die Sozialdemokratie und ihre „Leitung“ ein Schreden. Darum zieht es diese Elemente stets zur „Ordnung“ hin.

Die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen hat jetzt der städtischen Verkehrsdeputation den umgearbeiteten Entwurf für die Straßenbahn von Treptow — als Fortsetzung der Linie Schleißer Bahnhof-Treptow — nach Johannisbad zur Genehmigung unterbreitet. Die im Treptower Park jetzt projektierte Station bietet für den Betrieb der Bahn den großen Vortheil einer raschen Zugfolge. Der Bahndamm der Treptower Dorfstraße soll durchweg eine Breite von 16 Metern erhalten.

Die „Elektrische“ funktioniert immer noch nicht zuverlässig. Auf verchiedenen Linien der Großen Berliner Straßenbahn fanden am Sonntag Nachmittag zwischen 5 und 7 Uhr nicht unerhebliche Betriebsstörungen statt, die durch Schadhafwerden der Dampfmaschine in der Centrale der Berliner Elektrizitätswerke in der Spandauerstraße veranlaßt wurden. Betroffen wurden alle elektrisch betriebenen Linien, die von dieser Centrale aus gepeißt werden.

Verbot des Radfahrens in den städtischen Parkanlagen. Nach Beschluß der städtischen Parkdeputation soll, wie schon früher mitgeteilt, auf sämtlichen Wegen der städtischen Parks, soweit es nicht öffentliche Hauptstraßen sind, der Verkehr mit Fahrrädern verboten werden. Der Gartendirektor Mählig ist beauftragt worden, Tafeln mit entsprechender Aufschrift aufstellen zu lassen.

Militäre Vermögensverhältnisse haben den Pufffedern-Fabrikanten Amadeus Schäfer aus der Wasserstr. 9a, einen Mann von 45 Jahren, in den Tod getrieben. Schäfer hatte früher ein Geschäft in der Brannenstraße. Dieses mußte er vor zwei Jahren aufgeben, weil es nicht gehen wollte. Unter der Firma Johanna Schäfer u. Komp. betrieb er seitdem ein Geschäft in der Wasserstr. 9a. Aber auch hier wollte es ihm nicht glücken, zumal da er die alten Verbindlichkeiten nicht tilgen konnte. Seit einiger Zeit war er sehr niedergeschlagen und tiefsinnig. Am Sonntag, Nachmittag erhängte er sich, während seine Frau im Laden war.

Ein Liebesdrama. Am Sonntag hat der 17jährige Schreiber Gustav Sohn seine Geliebte, die 18jährige Bertha Schilles aus Straußberg in einem Hause der Triftstraße zu erschließen versucht, dann hat er die Waffe gegen sich selbst gerichtet, und sich getötet. Das Mädchen, das mittels Kopschjens Krankenwagens nach dem Paul Gerhardt-Stift gebracht wurde, dürfte nach der Ansicht der Aerzte mit dem Leben davonkommen. Ueber die näheren Umstände mit folgendes berichtet: Der Gemüthsheiler Wilhelm W. in der Triftstraße nahm vor Jahren den Sohn seiner Stiefschwester Gustav Sohn in Erziehung. Jetzt war dieser 17 Jahre alt und bei einem Anwalt als Schreiber beschäftigt. Seit ungefähr einem Jahre diente bei einem Magistratsbeamten in der Triftstraße das 18jährige Dienstmädchen Bertha Schilles aus Straußberg. Obwohl seit ihrer Konfirmation mit einem Hobolsten verlobt, ließ sie sich mit Gustav Sohn in ein Liebesverhältnis ein. Die jungen Leute trafen sich oft abends bis in die Nacht hinein umher. Ermahnungen blieben erfolglos. Daher holte der Vater vor fünf Wochen seine Tochter nach Straußberg zurück. Das Mädchen mußte aber in Verbindung zu bleiben. Sohn kaufte sich ein Rad und fuhr häufig nach Straußberg hinüber. Dabei wußte sich das Mädchen den Anschein zu geben, als ob es den jungen Mann vergolten habe. Die Eltern bestärkte es mit Witten, es wieder nach Berlin gehen zu lassen. Vor vierzehn Tagen willigten dieselben ein. Bald aber mußten sie erfahren, daß ihre Tochter die alten Beziehungen wieder aufgenommen hatte. Sie wollten sie daher am Freitag nach Hause holen. Man nahm das Unheil seinen Lauf. Am Sonntag Morgen fand man auf dem Hausboden Triftstr. 47a den Sohn und seine Geliebte blutüberströmt am Boden liegen. Er hatte dem Mädchen eine Revolverkugel in die linke und sich selbst eine in die rechte Schläfe gejagt. Arzt und Polizei, die herbeigerufen wurden, ließen die Bewußtlose in das benachbarte Paul Gerhardt-Stift überführen. Die Leiche des jungen Rames wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

In dem Vorgange auf dem Emmauskirchhof, den wir am 26. November schilderten, erhalten wir von den beteiligten Leichenträgern eine Zuschrift, in der betont wird, daß das Verbot an

Ausführer, einen Sarg an die Gruft zu tragen, schon seit Jahren besteht. Ferner sehen die Leichenträger auseinander, daß das Tragen eines Sarges unfundigen Leuten nicht möglich sei, und daß daher vier Leichenträger zum mindesten bei Verordnungen in Anspruch genommen werden müßten. Zum Schluß heißt es in der Zuschrift, daß die Träger auch umsonst den Dienst verrichtet haben würden, wenn ihnen die Armut der beteiligten Wittve bekannt gewesen wäre.

Elendsstatistik. Im Monat November nützigten im Männer- und Frauenasyl der Berliner Asylvereine für Obdachlose 30 068 Personen, im Frauenasyl 3063 Personen. Arbeitsnachweise erbittet der Verein für Männer Wiesenstr. 55/59, für Frauen Fäßlerstr. 5.

Ein schwerer Junge ist in der Person des 23jährigen Schornsteinfegers Hermann Klaus festgenommen worden. Er wurde in der Friedrichstraße verhaftet, als eine Halbweildame im Krach mit ihm laut drohte, ihn wegen seiner Diebstähle anzeigen zu wollen. Es stellte sich durch die Vernehmung heraus, daß der Schornsteinfeger mehrere Einbrüche verübt hat.

Wegen Ermordung seiner Braut befindet sich, dem „Berl. Tageblatt“ zufolge, seit einiger Zeit der Tischler Richard Kühn in militärischer Unterhaft. Kühn desertierte vom 24. Infanterieregiment, ging nach Kistrin, erschlug hier seine 18 Jahre alte Braut, und versuchte dann, sich selbst zu entleiben. Nach seiner Wiederherstellung wurde er dem Kriegsgericht des 8. Armeekorps zur Aburteilung überwiesen. Da Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit aufgetaucht sind, so hat man ihn jetzt einem Krankenhause überwiesen, um ihn auf seinen Geisteszustand beobachten zu lassen.

Orgelkonzert. Beim Diemel'schen Orgelkonzert in der Marienkirche am Mittwoch Mittag 12 Uhr wird ein Solokonzert (Hr. Prof. Gertrud Rauchs, Hr. Prof. Volte Diemel, Herr Alexander Curtz und Herr Karl Koch), ferner Herr Konzertmeister Leopold Hartmann und Herr Franz Schmidt mitwirken. Herr Diemel spielt seinen zweiten Konzertsatz. Der Eintritt ist frei.

Im Passage-Panoptikum tritt ein Flammenweib auf. Das braune Mädchen, vom Stamme der „Wambutti“, befreit mit rothglühendem Eisen die Junge, daß es laut zischt, und heißt von glühendem Eisenstäben Stücke ab. Sie nimmt von einer Fadel, die mit brennender Flüssigkeit getränkt ist, das Feuer mit dem Munde auf und entzündet an der aus dem Munde züngelnden Flamme eine andere Fadel. Am seltsamsten erscheint es aber, daß sie mit einem glühenden Eisenstab an der Hand und am Arm entlang streicht, ohne daß die Haut eine Spur von der Einwirkung der Hitze zeigt. Der Arm zeigt nicht die geringste Präparation und keinerlei Rauch steigt bei der Berührung mit dem glühenden Eisen empor. Zur Umwechslung umwindet sich diese Feuerkönigin mit recht ansehnlichen Exemplaren von Riesenschlangen, die ihr zärtlich in das Gesicht züngeln. Der Regerstamm „Wambutti“ lebt in dem religiösen Fanatismus, daß das Verschlingen von Flammen und das Brennen des Körpers mittelst glühendem Eisen ihrem Gotte „Lubari“ ein wohlgefälliges Opfer sei. Durch diese Torturen gewöhnt sich der Körper an das Ungewöhnliche, so daß die Priester der „Wambutti“, die dies von Kindheit an machen, weder Schmerz verspüren noch Merkmale an ihrem Körper aufzuweisen haben.

In der Kunst-Schauhalle (Direktor Dr. Köppen und Dr. Südhof) sprach am Sonntag Nachmittag der Schriftsteller Eugen Löwen über „Architektur in Berlin“. Herr Löwen ließ nicht sehr viel Gutes an den Bauten der Reichshauptstadt, und man muß gestehen, daß sein Urtheil oft das Richtige traf. Am meisten rügte er den Individualismus, der sich sowohl bei der Errichtung öffentlicher wie privater Bauwerke ausdrücklich geltend macht. Selten, daß ein Baumeister sich um die Nachbarhaftigkeit, ja auch nur um die Proportionen der Straße oder des Platzes kümmert, wo er baut. Neben Häusern, deren Fassade aus Zement oder Sandstein hergestellt ist, finden sich solche in rothen oder gelben Ziegeln; ja eine schäbige Sparankheit sucht namentlich bei der Errichtung öffentlicher Bauwerke etwas darin, höchstens die Straßenfront in edlem Material auszubauen, während die Seiten, wie dies bei dem neuen Abgeordnetenhause drastisch zu Tage tritt, ordinäre Ziegeln aufweisen. Ferner tadelt der Redner am Sparankheitsystem das Bestreben, für den Anfang ja keine überflüssigen Räume zu schaffen; das Reichthumsgebäude, das neue Postgebäude an der Leipzigerstraße und manche anderen Bauwerke, die nachträglich vergrößert werden mußten, erhielten den Stempel beschämender Häßlichkeit, der besonders marant noch durch den Umstand zu Tage tritt, daß jeder der später wirtschaftenden Architekten meinte, in dem Anbau ohne Rücksicht auf das vorher Errichtete seinen eigenen Geschmack zu wahren und wahren lassen zu müssen. Besser im Stil und profanischer Brauchbarkeit seien die großen Kaufhäuser errichtet, wenngleich auch hier manche kaum entzählbare Verfehlungen zu verzeichnen seien. Es ist schade, daß der Vortrag, der manche gute Anregung brachte, nur recht wenige Zuhörer um sich versammelt hatte.

Feuerbericht. Montag Nachmittag brannten Köpnickersstraße 175 Küchengeräthe und die Schafbede. Ein Zimmerbrand verursachte einen Alarm nach Charlottenstr. 97, wo Möbel und Kleidungsstücke in Flammen aufgingen. Straßauer Straße 5 wurde das Zwischengebälde vom Feuer zerstört, während Großbeerenstr. 90 Regale und Baaren eingeschleiert wurden. Am Sonntag erfoligten 7 Alarmierungen. Urbanstr. 32 brannten Weihnachts-Decorationen. Ein Zimmerbrand mußte Höfstr. 47 abgelöscht werden. Ein Bodenbrand rief die Wehr nach Waldstraße 87, wo Petroleum Feuer gefangen hatte. Ein Rohr mußte längere Zeit Wasser geben. Kellerbrände waren Thurmstr. 84, Rosfelderstr. 28 und Kochstr. 1 abzulöschen.

Aus den Nachbarorten.

Treptow-Baumschulweg. Am Mittwoch Abend wird vom Verein „Vorwärts“ bei Lange eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Bekämpfung der Lungenschwindsucht“ abgehalten. Gäste willkommen.

Der Arbeiterverein Panow-Nieder-Schönhausen hält am Dienstag Abend 8 1/2 Uhr bei Stör, Mühlenstraße, eine Versammlung ab, in der Gen. Jahn referirt. Jedes Mitglied wolle pünktlich erscheinen.

In Spandau dürfte die Eröffnung des Kanalisationsbetriebs, die von der Einwohnerschaft so sehr gewünscht wird, wohl noch lange auf sich warten lassen. Wie der Magistrat in der letzten Stadtverordneten-Versammlung bekannt gab, sind die Dichtungsversuche des Unternehmers Schüler an dem Kanal in der Götterstraße mißlungen. Die Arbeiten sind deshalb an drei Berliner Unternehmer vergeben. Für die Grundwasserabfahrungen und Dichtungsarbeiten an diesem „Anlagkanal“ sind bis jetzt etwa 20 000 M. veranschlagt worden. Hierfür und für die noch entstehenden Kosten wird das Guthaben des Herrn Schüler, der dreijährige Garantie geleistet hat, in Anspruch genommen.

Die geplante Krankenkasse für die städtischen Angestellten in Charlottenburg wird etwa 600 Versicherungsflüchtige umfassen, während nur 220 Personen der Zwangsversicherung unterliegen. Der Versicherung neu zugeführt werden insbesondere 82 Feuerwehrlente, 130 Straßenarbeiter, 25 Gärtner, 25 Gartenarbeiter, 6 Gartenarbeiterinnen, 19 Lohnschreiber, Altenpfleger, Hauswarte und 9 Maschinenführerinnen. Die Mehrkosten der neuen Einrichtung für die Stadtgemeinde betragen etwa 3300 M.

Ein merkwürdige Verhaftung hat die Spandauer Polizei vorgenommen. Sie forschte schon seit Wochen nach einem Geflügel-diebe, der fast allmächtig an den Stellen in der Wilhelmstraße

Hühner raubte. In der Sonntagnacht vernahm die Bewohner eines Hauses in der Wauerstraße verdächtiges Geräusch, das aus dem Hinterhof herkam. Man holte Sicherheitsbeamte, umstellte den Stall und drang in diesen ein, um den darin vermuteten Dieb festzunehmen. Zum allgemeinen Erstaunen wurde in dem Stall aber ein großer grauer, zottiger Hund angetroffen, der sich mit dem Federwech zu schaffen machte. Schon bei früheren Geflügeldiebstählen, die in dieser Gegend vorgekommen waren, hatte man aus gewissen Spuren geschlossen, daß ein Hund mit im Werke gewesen sei. Der Hund war auf den Geflügelstall dressirt und hat vermutlich dem außerhalb des Hofes weilenden Herrn die Wente zugewinkt. Gleich einem Arrestanten wurde das Thier nun in eine Zelle des Polizeigebäudes gesperrt. Man sucht nun nach dem Eigentümer des Hundes.

Von seinem eigenen Vater erstochen wurde ein junger Mann, der am Sonntag Nachmittag auf dem neuen Friedhof der Wülfelapostelgemeinde zu Schöneberg zu Grabe getragen wurde. Es war die 23jährige Mechaniker Arthur Hiemann, der an den Folgen der Verletzungen verstarb, die ihm sein Vater, ein dem Trunk ergebener Maurer aus Schöneberg, bei einem häuslichen Streit beigebracht hatte. Der unnatürliche Vater befindet sich in Haft.

Zur Ermordung des Handelsmannes W. Nöhle und Vaaren erläßt der Staatsanwalt beim Landgericht II jetzt eine öffentliche Bekanntmachung, in welcher 300 M. für die Ergreifung des Täters als Belohnung ausgesetzt werden. Der That verdächtig sind, wie die fortschreitenden Ermittlungen ergeben haben, zwei junge Männer im Alter von 20 bis 22 Jahren, die am Abend des 20. v. M. im Restaurant von Runge in Spandau eine Erzählung Nöhle's über die von ihm in Charlottenburg abgebrochenen Strohverkäufe angehört und sich fast gleichzeitig mit ihm entfernt hatten. Auch ein junger Mann ist bemerkt worden, der am Abend um 9 1/2 Uhr dem Wagen des Ermordeten auf der Schönewalder Chaussee folgte. Leider ist die Beschreibung, die von dem Verdächtigen gegeben wird, sehr ungenau.

Gerichts-Beilage.

Das Hoch auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie, gegen das unsere Feinde seit Jahren mit dem großen Lügnerparagrafen ankämpfen, scheint dem doch nicht in allen Fällen als Gräueltat angesehen zu werden. Am 23. August d. J. hatte unser Parteigenosse Fritz Hoppe aus Rixdorf die sozialdemokratische Delegiertenversammlung des Wahlkreises Zeltow-Beesow mit diesem Hoch geschlossen. Die Folge war eine polizeiliche Strafverfügung auf drei Tage Haft. Es sei durch den Gebrauch des Wortes „revolutionär“ großer Unfug verübt worden, „da“ wie es in der Strafverfügung heißt, „die gedachte Äußerung geeignet erscheint, beim Publikum Beunruhigung und Aergerniß hervorzurufen“. In der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht forderte Hoppe den als Zeuge anwesenden Polizeileutnant Wilschusen, der die Versammlung überwacht hatte, vergebens auf, ihm wenigstens eine Person herbeizuschaffen, auf welche das Hoch die beunruhigende und daher gesetzverletzende Wirkung ausgeübt habe. Er wolle sich dann Nöhle als geberdigen Einzelwesen als Publikum betrachten. Der Lieutenant mußte zum Leidwesen unseres Parteigenossen erklären, daß er das verlangte Wesen nicht aufzutreiben könne. Gleichfalls mußte der Lieutenant die Frage des Vorsitzenden, ob die Versammlung aufgereizt und zu Ausschreitungen geneigt gewesen sei, verneinen. Deswegen wußte der Polizeileutnant für die in dem Strafbescheid figurierende Oeffentlichkeit der Versammlung keinerlei stichhaltige Beweise vorzulegen.

Aus allen diesen Ursachen erkannte das Schöffengericht auf Freisprechung des Angeklagten und legte die Kosten der Staatskasse auf.

Die Untersuchung gegen den vermeintlichen Mörder der unverschuldeten Singer, Schneider Guthmann, ist jetzt abgeschlossen, nachdem Gerichtsschreiber Dr. Jeserich an der Hand photographischer Schrift-Abbildungen sein Gutachten über die Briefe abgegeben hat, die zuerst den Verdacht auf Guthmann gelenkt haben. Die Erhebung der Anklage wird innerhalb 14 Tagen erfolgen und wahrscheinlich in der zweiten Schwurgerichtssitzung des nächsten Jahres zur Verhandlung gelangen. Die Verteidigung führt Rechtsanwält Dr. Schwindt.

Eine Anklage von der erheblichsten Tragweite für Gast- und Schankwirth wurde gestern vor dem dritten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Schankwirth Hermann Bauer wegen Urkundenfälschung verhandelt. Bauer hatte im September dieses Jahres von dem Schankwirth Buch dessen Geschäft Zimmerstraße 22 gekauft, übergeben erhalten und für eigene Rechnung weiter betrieben. Bis zu dem Zeitpunkt, wo ihm selbst die Schankkonzession erteilt war, hatte er nach außen hin das Geschäft auf den Namen und die Konzession des Vorgängers Buch weiter geführt und unter anderem mehrere Anmeldungen von Kellnerinnen für das Lokal mit dem Namen des Buch unterfertigt. Hierin erblickte die Anklagebehörde eine Urkundenfälschung, da der Angeklagte hierdurch nur die Polizei darüber habe täuschen wollen, daß er das Geschäft für eigene Rechnung betriebe. Der Angeklagte gab den Tatbestand zu, behauptete aber, daß er sich dazu berechtigt gehalten habe, da in seinem Vertrage mit Buch ausdrücklich vereinbart sei, daß er, so lange ihm nicht selbst die Konzession erteilt sei, das Geschäft auf den Namen und die Konzession des Buch führen dürfe. Diese Behauptung wurde auch durch Vorlegung des Kaufvertrages und Vernehmung der Zeugen Buch bestätigt. Gleichwohl beantragte der Staatsanwalt die Verurteilung des Angeklagten zu einer Woche Gefängniß, weil nicht erwiesen sei, daß Buch dem Angeklagten die Erlaubniß gegeben habe, seinen Namen zu Unterschriften zu gebrauchen, und selbst wenn sie erteilt sei, könne dies den Angeklagten nicht entlasten, da die Polizeibehörde nur dadurch getäuscht werden sollte. Der Verteidiger, H. A. Dr. Schöps, führte aus, daß es sich um eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung für das ganze Gastwirthsgewerbe handle. Bei jedem Verkauf eines Schankgeschäftes würden derartige Vereinarbeiten getroffen, daß der Käufer bis zur Ertheilung der neuen Konzession als Vertreter des Verkäufers gelten solle. Wenn die Ansicht des Staatsanwalts durchdringen solle, würden massenhafte Anklagen wegen Urkundenfälschung erfolgen müssen. Die Ermächtigung, mit dem Namen des Vorgängers die An- und Abmeldungen des Personals zu unterzeichnen, liege in den Bestimmungen des Vertrages. Jedenfalls habe der Angeklagte sich im guten Glauben befunden und müsse schon aus diesem Grunde freigesprochen werden. Der Gerichtshof trat den Ausführungen des Verteidigers bei. Es liege weder subjektiv noch objektiv eine Urkundenfälschung vor und sei deshalb auf Freisprechung zu erkennen.

Verleumdung oder berechtigte Anstößhandlung? Der Kaufmann Pralle in Schöneberg fabrizirt Drogen, die er vielfach auf dem Lande absetzt. So hatte er auch in Schlesien Geschäftsverbindungen angeknüpft und ließ dort unter dem Titel „Königliche Aufkunst“ ein Verzeichniß seiner Fabrikate verbreiten, das neben den ausführlichen Preisparaten Hinweise auf ihre angebliche besondere Heilkraft enthielt. Der Landrath v. Rißter zu Pirchberg erließ darauf im Kreisintendanten eine Aufforderung an die Kreispolizeibehörden seines Kreises, dem „unreellen Treiben der Firma“ entgegen zu treten. Er führte noch aus, die verbreiteten Verzeichnisse und Heberichtsblätter enthielten zugleich eine Anpreisung von Stoffen als Heilmittel gegen Körperknoten und seien dadurch geeignet, das Publikum in materieller und gesundheitlicher Hinsicht zu beschädigen. Herr Pralle fühlte sich durch den Vorwurf der Unrechtheit beleidigt und verklagte deshalb Herrn v. Rißter. Die Regierung erhob alsbald zu gunsten des Landraths den Konflikt und das Ober-Verwaltungsgericht erklärte den Konflikt für begründet, so daß das Verfahren gegen v. Rißter einzustellen ist. Präst. Persius führte aus: Man könne davon absehen, ob die Handlungswerte der Firma strafbar sei. Entscheidend sei ein Gutachten des Medicinalraths, wonach einzelne der fraglichen Drogen die ihnen in der „Königlichen Aufkunst“ beigemessene Wirkung nicht oder über-haupt keine Wirkung hätten. Damit sei aber die Verurteilung

einer materiellen und gesundheitlichen Schädigung des Publikums gerechtfertigt. Wenn nun der Landrath in diesem Zusammenhange von dem unreellen Treiben der Firma gesprochen habe, dann sei das keine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse, und er könne somit auch nicht wegen Verleumdung Pralle's verfolgt werden.

Kauf eines Schöffengerichts für Ordnung, Religion und Ethik. Ein merkwürdiges Urtheil fällt am 21. September d. J. das Schöffengericht zu Hirschhausen (Ostpreußen) unter Vorsitz eines Amtsgerichtsraths Scheer. Einige Parteigenossen hatten am Himmelfahrtstage in mehreren Dörfern Flugblätter vertheilt. In einem Dorf ließ irgend ein Ordnungsbrieger zum Gendarmen und bewachte sich, daß ihm an einem Feiertag ein sozialdemokratisches Flugblatt gegeben sei. Unsere Genossen erhielten je ein Strafmandat wegen Zuwiderhandlung gegen die Polizeiverordnung betreffend die Sonntagsarbeit. Sie legten Berufung ein. Das Schöffengericht Hirschhausen legte aber die Strafe auf sechzig Mark Geldstrafe oder sechzig Tage Haft fest. Die Begründung des Urtheils dürfte kaum ihresgleichen haben. Erst wird eingehend begründet, daß die Flugblattverbreitung eine Arbeit ist, hauptsächlich deshalb, weil die Angeklagten von Haus zu Haus gingen, „ohne die Bewohner oder um deren Namen zu kennen“, das sei zweifellos sichtbare Arbeit. Dann heißt es: „Die Angeklagten haben selbst ihre Thätigkeit als „Arbeit“ angesehen, da sie sich zu ihrer Rechtfertigung dem Gendarmen gegenüber auf die Gewerbe-Ordnung berufen haben.“ Unsere Genossen hatten unter Hinweis auf den § 43 betont, daß man sie bei der Vertheilung nicht hindern dürfe. Das Schönste ist aber der Schluß des Erkenntnisses, der lautet: „Bei der Strafabmessung sei in Betracht, daß die Thätigkeit der Angeklagten eine erhebliche Befähigung der gesammten Bevölkerung der genannten Orte enthielt und daß ihre Eindringen in die Privatwohnungen ihnen unbekannter Personen zu Zwecken der politischen Agitation auf eine ungewöhnliche Dreistigkeit schließen läßt.“ Dabei die hohe Strafe. In den betreffenden Orten sind sehr viele sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die Strafkammer zu Königsberg i. P. sprach am Mittwoch, den 30. November, den Ausschlag des Vertheidigers Rechtsanwalt Haase folgend, die Angeklagten natürlich von Strafe und Kosten frei.

Eine gegen 17 Personen gerichtete Anklage wegen Vandalen-diebstahls und Hehlerei beschaltete die III. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsraths Dr. Frickchen an zwei Sitzungstagen. Die Strafkammer hatte die Verurteilung Otto und Genossen und enthielt ein charakteristisches Bild aus dem Berliner Verbrecherleben. Der große Schwurgerichtssaal, in welchem wegen der großen Zahl der Angeklagten und der Zeugen die Verhandlung stattfand, glich einem großen Waarenlager. Die dort in Massen aufgeschüttelten Sachen stammten aus einem Hehlerneste her, welches die Polizei in der Wohnung der Schmied Schmölchen'scheute ausgehoben hatte. Nach der Vernehmung der Polizeibeamten ist selten eine so große Menge gestohlener Sachen bei einem Hehler vorgefunden worden, wie in diesem Falle. Thatsächlich ergab denn auch die Vernehmung, daß die Schmölchen'sche Wohnung der Mittelpunkt für die Diebesbande bilde, die lange Zeit ihr verbrecherisches Handwerk in den verschiedensten Stadttheilen Berlins ausübte. Es ist erstaunlich, was die Angeklagten, unter denen sich einige noch jugendliche Leute befanden, zusammengestohlen haben: Fahrräder, Maschinenanläge, Gold- und Schmuckgegenstände, Leinwand, Garderobensätze u. s. w. Das gestohlene Gut wanderte fast immer zu Schmölchen's, die für den möglichst raschen Verkauf sorgten. — Der Ehemann Schmölchen wurde wegen gewohnheitsmäßiger Hehlerei zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, die Frau zu ein Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurtheilt. Die Diebe, von denen zwei freigesprochen wurden, erhielten Strafen, die von mehreren Monaten Gefängniß bis zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus hinaufgingen.

Verhandlungen.

Der Fall Zietzen wurde am Sonntag in einer Volksversammlung erörtert. Dieselbe tagte im Konzerthaus in der Leipzigerstraße. Saal und Gallerien waren bis auf den letzten Platz besetzt, so daß die Zahl der Anwesenden auf mindestens 2000 geschätzt werden kann. Und Wunderer mühten umflehren, da die Polizei wegen der Uebersättigung das Lokal abgesperrt hatte. Schriftsteller H. Schweißel eröffnete die Versammlung und bemerkte, der äußerst zahlreiche Besuch zeige, daß das Schicksal des unglücklichen Zietzen in weiten Kreisen das lebhafteste Interesse hervorgerufen habe. Dann nahm Herr v. Egidy, mit lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort. Nachdem er den Charakter und die Verhältnisse Albert Zietzen's geschildert hatte, gab er eine Darstellung der Vorgänge in der Werdnacht, des darauf folgenden Ermittlungsverfahrens und der Schwurgerichtsverhandlung, die mit einer Verurteilung Zietzen's zum Tode endete. Er wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, und zwar war diese Begnadigung die erste, welche Kaiser Wilhelm I., der seit 1878 alle Todesurtheile bestätigt hat, wieder aussprach. Dann warf der Redner die Frage auf: Wann Zietzen der Täter sein? und führte folgende Thatsachen, die Zietzen's Thäterchaft direkt unmöglich erscheinen lassen, an. Zietzen kam in der Werdnacht mit der Eisenbahn von Köln, wo er an demselben Tage einen Besuch bei seiner Geliebten gemacht hatte. Es ist amtlich festgestellt, daß er nicht vor 11 Uhr 13 Minuten den Zug verlassen hatte, er konnte demnach, bei dem Entfernungsverhältniß, nicht vor 11 Uhr 19 in seinem Hause angelangt sein. Um 11 Uhr 21 hörten aber schon zwei einwandsfreie Zeugen, die an dem Hause vorübergingen, leises Wimmern und gleich darauf die Stimme Zietzen's, der im Hause Alarm schlug. Demnach müßte Zietzen in 8 Minuten die Frau erschlagen, den zur That benutzten Hammer abgewaschen und abgeschabt und in den Tischkasten, in dem er später aufgefunden wurde, gelegt haben, er müßte ferner sich selber von etwaigen Spuren der That säubern und dann das Dienstmädchen gewetzt haben. Daß das alles in 8 Minuten ausgeführt werden könne, erscheine unmöglich. Nun gebe es aber noch andere Thatsachen, welche die Thäterchaft Zietzen's als höchst unwahrscheinlich erscheinen lassen. Frau Zietzen wurde aufgefunden in einer Lage, die auf einen Lustmord schließen läßt. Handle es sich aber um einen solchen, dann könne Zietzen nicht der Thäter gewesen sein. Die Menge der aufgefundenen Blut- und Gehirnmasse war eine sehr große, daß sie nicht in drei Minuten aus der Wunde herausgeführt sein konnte. Nach sachkundigem Urtheil waren dazu 10—20 Minuten erforderlich. Zietzen, der unmittelbar nach Entdeckung der That verhaftet wurde, ist bald darauf vom Kreis-Physikus Dr. Berger auf Wulspuren untersucht worden, es ist aber weder an dem schwarzen Anzuge noch an der tabellofen Wäsche das geringste gefunden worden. — In der gerichtlichen Verhandlung spielten allerdings angebliche Wulspuren an einer Pfannschicht Zietzen's eine Rolle als hervorstechendes Belastungsmoment. Ueber diese Wulspuren schrieb Dr. Berger im Jahre 1880 in einem amtlichen Schreiben an den Staatsanwalt in Elberfeld: Die für Wulspuren gehaltenen rothen Flecke seien nicht vorhanden gewesen, als er den Zietzen in Gegenwart von Polizeibeamten untersucht habe. Er hätte sie nicht übersehen können, weil er direkt nach Wulspuren suchte und sein Auge so scharf sei, wie eine Lupe. Zu seinem Erstaunen habe er dann vor Gericht, und zwar erst während des Plaidoyers die rothen Punkte gesehen, die er aber für Spritzen oder Punkte von rother Tinte halte. — Es ist nicht zu verstehen — sagt der Redner — daß die Behörden auf Grund dieses Schreibens nichts gethan haben, um von Dr. Berger Beweise für seine Behauptung zu verlangen oder in der von ihm angedeuteten Richtung weiter zu fahnden. — Polizeikommissar Gottschalk, der die rothen Flecke auf der Pfannschicht entdeckt hat, machte noch eine andere Zietzen belastende Entdeckung. Nachdem er die in der Wohnung Zietzen's gefundenen, von dem Stiel des als Werdnachtszeug benutzten Hammers abgeschabten Späne an sich genommen hatte, ließ er sich auf der Polizeiwache das beschlagnahmte

Zackmesser Zietzen's zeigen und fand nun an demselben ein Holzpartikelchen, welches er Zietzen zeigte mit der Bemerkung: „das hat uns die Vorlesung in die Hand gegeben. Wollen Sie nun noch leugnen? Zietzen erklärte darauf: Wenn an seinem Messer etwas gefunden sei, dann müßte es über Nacht daran gekommen sein. —

Die Rolle, welche der Kommissar Gottschalk bei der Unternehmung gegen Zietzen spielte, veranlaßte den Schriftsteller Landauer, dem Gottschalk öffentlich der Fälschung von Beweismitteln und des Meineides zu beschuldigen. Aber die zuständigen Behörden unternahmen nichts gegen die in den Zeitungen bekannt gegebene Anschuldigung. Nachdem die Verjährungsfrist verstrichen war, hat Landauer auf neue seine Anschuldigung erhoben, und es hat auch diesmal ziemlich lange gedauert, ehe die Anklage erhoben wurde. —

Redner geht zu einer Erörterung der Momente über, welche es wahrscheinlich erscheinen lassen, daß der damalige Barbierlehrling August Wilhelm der Mörder ist. Es sei erwiesen, daß Wilhelm ein brutal schlimm veranlagter Lämmel war, der schon frühzeitig geschlechtliche Ausschweifungen beging und auch Freude an Blut hatte. Wilhelm war an dem der Werdnacht vorhergehenden Nachmittag verurtheilt, er versuchte am Abend zweimal vergebens, zuletzt gegen 10 Uhr, mit seiner Liebsten zusammenzukommen, und war dann von 11 1/2 Uhr an mit Frau Zietzen allein in der Zietzen'schen Wirthschaft. Kurz nach 11 Uhr sah ein Zeuge, daß Wilhelm mit glänzend rothem Gesicht an der Hausthür stand, und bald darauf hörten Hausgenossen, daß er auf Strampfen in seine Kammer schlich. Nach wenigen Minuten hörte man dann das Geräusch des heftigsten Ziehens. Wilhelm wird gewetzt, stellt sich, als ob er sehr schlafte, kommt, nur mit der Hofe bekleidet, herunter, und thut sehr verwundert. Als Zietzen dann verhaftet wird, springt Wilhelm aus dem Hintergrunde hervor und sagt: „mein Meister war es nicht, das weiß ich bestimmt.“ Wilhelm wurde nun auch verhaftet und in seine Kammer geführt, um sich völlig anzukleiden. Dasselbst lag auf einem Koffer Wilhelm's Zackmesser. Der Polizeist, darauf aufmerksam gemacht, nahm es aber nicht an sich. Das Messer ist seitdem verschwunden.

Der Redner bespricht nun die Verurtheile, welche gemacht worden sind, um ein Wiederaufnahme-Verfahren durchzuführen. Im Jahre 1887, drei Jahre nach der Verurteilung Albert Zietzen's, gelang es seinem Bruder Heinrich, den Aufenthalt Wilhelm's in Berlin zu entdecken. Der Einwirkung seines Principals nachgebend, legte Wilhelm ein offenes Geständniß ab und bekannte sich als den Mörder der Frau Zietzen. Er wiederholte dies Geständniß vor dem Kriminalkommissar von Meerfeld-Hüllesien und wurde dann nach Elberfeld transportirt. Hier hielt er anfangs sein Geständniß aufrecht, wurde dann aber schwankend und widerrief es nach einigen Tagen. Es sei ihm so vorgekommen, als ob dem Untersuchungsrichter sein Geständniß nicht erwünscht wäre. Das Landgericht Elberfeld beschloß trotzdem die Wiederaufnahme, dieselbe wurde aber auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft vom Ober-Landesgericht Köln verworren. Wilhelm ist dann aus der Haft entlassen und seitdem verschwunden. Später wurden noch zweimal — 1893 und 1897 — vergebliche Versuche um Wiederaufnahme gemacht.

Wie ist es denkbar — sagt der Redner —, daß das erste Wiederaufnahme-Gesuch abgelehnt werden konnte? Da müßte man fragen: Wer ist Gottschalk? Dessen Name wurde zuerst im Jahre 1882 bei Gelegenheit des Wiederwald-Attentats genannt. Dies Attentat werde ja von vielen für kein wirkliches Attentat gehalten, sondern auf die Provokation gewisser Beamten zurückgeführt. Gottschalk hat damals das Attentat entdeckt und das Belastungsmaterial herbeigeführt. Nun möge wohl an gewisser Stelle die Verfolgung vorhanden sein, wenn Unregelmäßigkeiten in dem Verfahren gegen Zietzen festgestellt werden, die sich an den Namen Gottschalk knüpfen, dann könne man im Volke zu der Ansicht kommen, mit dem Attentat auf dem Niederwald sei es auch nicht. Auch die Thatsache müßte erwähnt werden, daß, als die Entscheidung über das erste Wiederaufnahmegesuch schwebte, der Staatsanwalt zweimal nach Berlin gereist ist, und daß dann auf seine Beschwerde die Wiederaufnahme abgelehnt wurde. — Unsere Richter hätten gewissermaßen eine Doppelmatur. Sie seien zu einem Theil Diener der Gerechtigkeit, zum andern Theil aber Diener des Staates. Welcher dieser beiden Menschen möge wohl in dem Moment, wo es galt, die Entscheidung über die Wiederaufnahme zu fällen, das Uebergewicht gehabt haben? (Lebhafter Beifall. v. Egidy vertritt sich sehr energisch jede Sandgebirg.)

Es sei nun das Ergebnis der Anklage gegen Landauer abzuwarten, dessen Vorgehen ja dem Bestreben diene, eine Wiederaufnahme zu erreichen. Im Hinblick auf das gegen Landauer schwebende Verfahren habe man sich gefragt, ob die Einberufung einer Volksversammlung jetzt angebracht sei. Andererseits habe man sich aber gefragt, die Oeffentlichkeit könne mit Recht verlangen, zu erfahren, was Landauer zu seinem Vorgehen veranlaßt habe. Es handle sich nicht darum, eine Befreiung Zietzen's zu erzwingen, sondern nur durch eine erneute gerichtliche Verhandlung Klarheit in die Angelegenheit zu bringen und die Sache so oder so aus der Welt zu schaffen. — Eine Parallele des Falles Zietzen mit dem Falle Drehs in Frankreich hält Redner nicht für angebracht. — Dem 27-stündigen Vortrage folgte allseitiger lebhafter, lang anhaltender Beifall.

Dr. Zapfow giebt der Befürchtung Ausdruck, daß der übermächtige Eindruck, den das Referat hervorgerufen hat, kein anhaltender sein und deshalb auch die erwartete Wirkung nicht haben werde. Bei verschiedenen Veranlassungen, die einen Sturm der Entrüstung hätten hervorrufen müssen, sei von einer tief gehenden Bewegung im Volke keine Rede gewesen. So bei dem Offener Meinesprophet, bei dem Unfug in der Meophasgrube, wo sich herausstellte, daß der gesetzlich vorgeschriebene staatliche Aufsichtsbearbeiter nicht vorhanden war; so auch angeht die Thatsache, daß wegen politischer Vergehen verurtheilte Leute im Gefängniß gleich den gemeinen Verbrechern behandelt werden, und daß ein verurtheilter Redakteur gefesselt durch die Straßen geführt wurde. Ferner erinnert Redner an den Fall des Bürgermeisters von Kolberg, an die Handhabung des Groben-Unfug-Paragrafen, sowie an die Thatsache, daß in Sachsen Leute durch die Verwaltungsbehörde ohne gerichtliches Verfahren in ein Arbeitshaus gesteckt werden können, eine Strafe, die dem Zuchthaus gleichkommt. Hinsichtlich all dieser Fälle sei außer einigen Zeitungsartikeln nichts geschrieben. Kein Entrüstungssturm sei durch das Volk gegangen. — Es sei ja nicht Sache der Versammlung, ein Urtheil in der Angelegenheit Zietzen zu fällen, sie solle nur die Ansicht aussprechen, daß die Justizverwaltung die Pflicht hat, die Wiederaufnahme in Gang zu setzen. Das einmal gewonnene Interesse dürfe nicht erlischen, ehe völlige Klarheit geschaffen ist.

Redaktionsrat Sollrath dankt Herrn v. Egidy für seine objektive Darstellung. Jeder Einzelne müsse sich bemühen, daß das, was er in dieser Angelegenheit thut, geeignet ist, ihn davor zu schützen, daß er selber einmal unter die Walchine zur Erzeugung von Zeitungskümmern, die man Staat nennt, geräth. Der Umstand, daß sich in der Angelegenheit Zietzen Männer aller Parteien von weit rechts bis weit links die Hände gereicht haben, beweise, daß es sich hier um eine Sache von eminenter Bedeutung handle.

Lieblich, beim Erscheinen auf der Bühne mit Beifall begrüßt, sagt, der Beifall gefalle ihm nicht. Er stehe hier nicht als Parteimann, sondern als Mensch, der in einer Frage des Rechts mit anderen Menschen der verschiedensten Parteien zusammenstehe. Er beschäftige sich schon seit zehn Jahren mit der Angelegenheit Zietzen und habe sich stets bemüht, im Interesse der Sache alles Politische davon fernzuhalten. Er habe, als er durch den Bruder Zietzen's veranlaßt wurde, sich eingehend mit der Angelegenheit zu befassen, sich gelobt, alle Nebel in Bewegung zu setzen, um dem Verurtheilten zu seinem Recht zu verhelfen. Er sei — was er noch nie in seinem Leben gethan habe und wohl auch nie mehr thun werde — bei einem Minister gewesen. Da habe er zwar sympathische Worte gefunden, aber gesprochen sei nichts. Redner verweist auf einen Brief Gneiss's, worin dieser seine Ueberzeugung von der Unschuld Zietzen's ausspricht, sowie auf ein Schreiben des Gefängnißverwalters von Elberfeld, welcher sagt, wenn Zietzen nicht der größte Heuchler von der Welt sei, dann sei an seiner Unschuld nicht zu zweifeln. — Die

Öffentliche Meinung in Deutschland sei doch nicht so schwach, wie Dr. Jaffrois gemeint. Wenn das öffentliche Bewusstsein in Frankreich eine Wiederaufnahme des Dreifusprozesses herbeiführen konnte, dann sollte es doch in Deutschland, welches sich rühmt, in mancher Hinsicht hoch über Frankreich zu stehen, auch möglich sein, mit Hilfe des Drucks der öffentlichen Meinung eine erneute Verhandlung in Sachen Jettich durchzusetzen.

Hierauf wurde folgende vom Komitee eingebrachte Resolution angenommen:

Die von Männern und Frauen aller Berufsstände und aller politischen Richtungen besuchte Versammlung spricht auf Grund der ihr unterbreiteten gedruckten und mündlichen Referate die Überzeugung aus, daß es Pflicht der preussischen Justizverwaltung ist, dem Wiederaufnahmeverfahren in Sachen Jettich von Amts wegen näher zu treten. Sie beantragt das Komitee, diese Resolution zur Kenntniss der zuständigen Stellen zu bringen und alle Schritte zu thun, welche geeignet sind, das allgemeine Interesse an dieser Angelegenheit in allen Orten Deutschlands anrecht zu erhalten.

Die Gastwirthe-Versammlung, die von dem Verbands der Gast- und Schankwirthe für Berlin und Umgegend zu gestern nach dem Lokal des Herrn Stecher einberufen worden ist, wurde, weil dieselbe nicht vorchristlich angemeldet worden war, polizeilich verboten. Wie bekannt gegeben wurde, soll nunmehr die geplante Versammlung, mit derselben Tagesordnung: Polizeifunde, Bierfrage, Großbazar, am Montag, den 12. Dezember, in demselben Lokal stattfinden.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 6. Dezember.
Curaud. Carmen. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnen-
seite. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Jaga. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Die Eide. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Romfelle Tourbillon.
Vorher: Der Küchensche. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Neues. Polka. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Jar und Zimmermann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Hypochriten-Schafer.
Anfang 8 Uhr.
Schiller. Das vierte Gebot. An-
fang 8 Uhr.
Metropol. Die Blumen-Mary.
Hierauf: Die Sünden der Frauen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Weibha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Luise. Berliner Raketen. Anfang
8 Uhr.
Volk-Alfance. Der Sturmwolfskater.
Anfang 8 Uhr.
Oheim. Vorderbaum und Bettelrad.
Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädter.
Die Doppelgänger. Anfang 8 Uhr.
Alexandria. Auch ein Ball
Erntedank. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Jugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstrasse 48-49.
Naturkundliche Ausstellung. Tägl.
bis geöffnet von 10 Uhr vor-
mittags ab. Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: Abwechslungs-
weise "Die Urgelt des Menschen"
und "Quer durch Deutschland".
Jubiläumstrasse 57, 62. Täglich
abends von 5-10 Uhr: Stern-
warte, Operntexte.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Fest-Palast. Spezialitäten-Vor-
stellung.
Passage-Panopticum. Spezial-
itäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wollner-Theater).
Dienstag 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Mittwoch 8 Uhr:
Das Lumpengefindel.
Donnerstag 8 Uhr:
Das vierte Gebot.

Offend-Carl-Weiß-Theater.

Or. Frankfurterstr. 132.
Lorbeerbaum und Bettelrad.
Schauspiel mit Gesang in 3 Akten
von Karl von Holtei.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-
konzert. Mittwoch: Catef Jones.
Donnerstag: Gewonnene Herzen.
Freitag: Catef Jones. Sonnabend:
Die Weibha. Mittwoch, nachmittags
4 Uhr, Kinder-Vorstellung: Wibi, der
Gänsefänger. In Vorbereitung: Der
Brandstifter. Großes sensationelles
Kassationsstück von Olontowsky.
Mittwoch von Hall.

Central-Theater

Direktion: José Forenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Theatral-
Geschichte.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Geisha.
Sonntag, 11. Dezember, nachm. 3 Uhr,
zu ermäßigten Preisen:
Der Vogelhändler.
Operette in 3 Akten von Carl Keller.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55, 57. Dir. Rich. Schultz.
Zum 19. Male:
Die Blumen-Mary
Operette in 3 Akten von G. Weinberger.
Hierauf (um 10 1/2 Uhr):
Die Sünden der Frauen.
Großes Ballet-Oberflächen.
Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung.
Sonntag, den 11. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr: Hieres großes
Promenaden-Konzert.

Luise-Theater

31. Reichenbergerstr. 31.
Mittwoch 8 Uhr:
Berliner Raketen.
Donnerstag, den 15. Dezember:
Mit hoher Genehmigung
Sr. Excellenz des General-Intendanten
der Königl. Schauspiele Herrn Grafen
von Hochberg unter geistlicher Mit-
wirkung des kgl. Schauspielers Herrn
Adalbert Matkowsky
zum Besten der Weihnachtsgesellschaft
der Kerulen der Armen
des Louisenstädtischen Bezirkes
zum 1. Male:

Neu oder Genie u. Leidenschaft

Neu: Herr Adalbert Matkowsky.
Lustspiel in 5 Aufzügen frei nach dem
französischen des Alex. Dumas (Vater)
von Ludwig Bernau.
Billet-Vorverkauf an der Theaterkasse
von 11-1 Uhr.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Der Hypochriten-Schafer
Pöffe mit Gesang in drei Akten
von Leopold Gyl.
Mittwoch, den 11. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Olympia-Theater

Karistr. (Circus Renz) Karistr.
Abends 8 Uhr: Zum 78. Male:
Mene Tekel.
Morgen, nachmittags 3 1/2 Uhr,
zum 1. Male:
Dornröschen.
Original-Kassationsmärchen
mit Gesang u. Tanz in 8 Bildern.
Besonders hervorzuheben:
Der Humpelmännchen, die Bärsen-
Jagd, d. Kampf m. d. Riesenwurm,
Halbe Preise. 1 Kind frei.
Jeden Mittwoch, Sonnabend und
Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr:
Dieselbe Vorstellung.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hoff.
Täglich: Grosses Konzert
der Hauskapelle unter Leitung des
Musikdirektors Herrn Otto Göbner und
Extra
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Humoristen
Custav Kluck.
Das neue großartige November-
Programm.
Anf. Wochent. 6 1/2 Uhr. Sonnt. 5 Uhr.
Entrée Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
Dresdener-Str. 97.
Dir.: A. Kollg. Art. Voller: A. Runge
Täglich:
Or. Theater u. Spezialitäten.
Novitäten-Vorstellung. Novität!
Die Bräutigamsprobe.
Orig.-Schwank v. G. Carlos Duchon.
In Szene gesetzt von August Junge.
Neu! Der Vampyr. Neu!
Neu! Otto Richter. Neu!
der alte Liebling der Berliner.

Apollo-Theater.

ROSALIA LAMBRECHT
Carmencita
5 Sisters Lorrison
La Foy,
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr, Anfang der
Vorstellung 7 1/2 Uhr.

A. Frank's

Théâtre Variété
Köllnischer Fischmarkt 6.
Grosse
Spezialitäten-Vorstellung.
Neues
December-Programm.
Auftritt der russ. Fürstin
von Dragomann.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmänner tagte am
22. November. Nach Aufnahme von drei neuen Mitgliedern beschloß
die Versammlung die Angelegenheit Hoch contra Graf zu vertagen.
Mittheilung wurde ferner, daß aus Anlaß der Dampferpartie ein
Defizit von ungefähr 30 M. entstanden sei.

Stralen-Nummelburg. Im hiesigen Arbeiterverein sprach
am 30. November Genosse Fischer in einem interessanten Vortrag
über "Die Taktik der Partei". Eine Diskussion fand nicht statt.
Unter verschiedenen theilte Berger mit, daß er von den Gast-
wirthschaftsgehilfen einen Brief erhalten habe, in welchem die Genossen
angefordert werden, daß bei Festlichkeiten von Vereinen dahin zu
wirken, daß der Gastwirth die Kellner vom Arbeitsnachweis des
Verbandes nimmt.

Verein selbständiger Geniehpoker. Heute Abend 8 Uhr bei
Mehrnad, Alte Jakobstr. 54/55: Sitzung.

Theaterverein Hegaland. Heute Abend 8 Uhr Adersstr. 144:
Generalversammlung. Mittwoch keine Sitzung.

Verein für Naturheilkunde und Gesundheitspflege in Char-
lottenburg. Heute Abend 8 1/2 Uhr in Schumann's Salon, Schorrenstr. 34:
Vortrag des Herrn Dr. med. Hirschfeld über: "Die Einwirkung der
Geschlechter unter besonderer Berücksichtigung der fortwährenden Sexual-
Empfindung."

Briefkasten der Redaktion.

N. 2. 100. Sie müssen einen Spezialisten für Hautkrankheiten kon-
sultiren und diesen um weiteren Rath ersuchen.

N. 2. Das Generalkomitee der Vereine vom "Morgen Kreuz" befindet
sich Wilhelmstr. 73.

Kinguer. Wir würden Ihnen empfehlen, Ihren Wunsch den Ver-
bandsmitgliedern zu unterbreiten. Wir sind nicht in der Lage, hier einzu-
greifen.

N. 2. 1. Ja. 2. Nein. 3. Nein. - G. 2. 25. Geburtskunde,
Ehehebelungsart mit Nachkraft-Mitteln. - N. 2. 65. Ja. -
Friedrichsbergerstr. 12. Die Frage ist nicht verhandelt. - N. 2. 66.
Kommen Sie in die Sprechstunde. - N. 92. Es ist beides möglich: Es
kann gewandt werden oder sofort an Sie Aufzeichnung zum Staatsanwalt
ergehen. - N. 2. 100. Der Rektor ist dazu berechtigt. - N. 2. 100.
Ja. - Emil 16. 1. Kommt auf die Höhe des Nachlasses an. 2. Wenn
die Eöhne das Pächterrecht haben, können allein die Wächter
eingesetzt werden. Die Höhe des Pächterrechts richtet sich nach der Zahl der
Kinder. 3. Ist nicht verhandelt. Kommen Sie in die Sprechstunde.
- G. 2. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. Die Forderung ist berechtigt. - G. 2. 103. Nach dem
Gesetz haben Sie nichts zu beantragen. Wenn also das Testament nichts
enthält, haben Sie keine Rechte. - N. 2. 1898. Ja. - 304. 1. Abbehalten Sie die Frage unter Angabe, ob wegen Kündigung etwas
verabreicht ist. 2. Ja. - 3. 2. Es ist Klage zu erheben, dieselbe
öffentlich anzustellen und auf Grund des Urtheils dann der Ver-
kauf der Sachen durch Gerichtsvollzieher zu veranlassen. - C. 2. 471.
1. Ja. 2. Ja. 3. Nein. 4. Nein. 5. Ja, zweifellos. 6. Ja.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 6. Dezember 1898.
Warm und zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit etwas Regen
und frischen Südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Achtung! Produkten-Händler und Händlerinnen

Berlin und Umgegend.
Mittwoch, den 7. Dezember 1898, abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
im "Zwinnmünder Gesellschaftshaus", Zwinnmünderstr. 42.

1. Vortrag des Herrn Paul Jahn über: "Die Organisation im Klein-
gewerbe als Kampfmittel gegen den Zwischenhandel." 2. Diskussion. 3. Ber-
echnungen. 4. 2536.
Kollegen und Kolleginnen! In ansehnlicher und überaus wichtiger Tages-
ordnung ist es Eure Pflicht, für regen Besuch der Versammlung zu agitiren.
Die Inhaber der Rederzettel und Engros-Händler sind be-
sonders eingeladen. - Zur Deckung der Unkosten findet Teilerhebung
Der Einberufer.

Mähr's Theater

Craniensstr. 21.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-
Vorstellung.
Amor!
Burleske mit Gesang und Tanz.
Brothers Alexander, Guido
Lucas, Grete Wollant etc.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.
Sonntags 9 Uhr.
Vond haben Wochentags Gültigkeit.

Aleazar-Theater

Dresdenerstr. 57/53, City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Neu! Neu!
Kanonenfutter.
Schwank in 3 Akten v. Jul. Rosen.
In Szene gesetzt von Otto Wandt.
Dazu:
Das gesammelte neu engagirte
Spezialitäten-Personal
in ihren
Glanznummern.
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr.
Sonntags 9 Uhr.
Wochentags 10 Pf.
Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 49.
Täglich
Hoffmann's Quartett
und Humoristen.
Mittwoch, den 7. Dezember:
Zum 500. Male:
Lene, liebe Lene.
Mit Staats-Bertheilung des Textes.
Zum Schluss:
Anfel Tulipatan
Bereitsbillets Wochentags gültig.

Moabiter Gesellschaftshaus,

Alt-Moabit 80-Si.
Empfehle meinen neuen Saal, 1500
Verf. fass., zu Versammlungen u. Ball.
Sonntags: Großer Ball.
C. Peters.

Reichshallen.

Stettiner Sänger
(Mittel.
Dietz, Wittion,
Steidl, Arone,
Köhl, Schneider
und Schrader.)
Zum Schluss, neu:
Pevita vor Gericht.
Renowned Ensemble von Neysel.
Anfang präzis 8 Uhr.
Entrée: Parquet durchweg 50 Pf.
(Vorverkauf 40 Pf.) Rum. Balkon
75 Pf. Balkon-Ploge 1.-Mark.
Orchester-Ploge 1.50 M. Fremden-
loge 2 M. Tageskasse 11-1 Uhr.
Die numerirten Billets sind
bis 8 Tage lang vorverkauft.

Reichshallen-Restaurant.

Mittag- u. Abend-Konzert.
Carl Becker
Cigarren, Cigaretten, Tabake
Berlinerstr. 28, Bahnhofsangang.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Mittwoch, den 7. Dezember cr., abends 8 1/2 Uhr:
Große Versammlung
bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal).
Vortrag: Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Auer.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen.
Moabit: im Lokale des Herrn Joksich, Thurnstr. 81.

Tages-Ordnung:
Berthaltungsangelegenheiten und Verschiedenes.
In dieser Versammlung sind die Kollegen von Horzer, Herrgesell, Wolke,
Talemlich und Herrmann eingeladen. Obmann: Noltemeyer, Adersstr. 44.

Wedding und Gesundbrunnen:

im Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 28.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Schönhauser und Rosenthaler Vorstadt

bei Wernau, Schwedterstr. 23.
Tages-Ordnung:
Bericht der Berthalt-Kontrollkommission über deren Thätigkeit. - Ber-
sands- und Berthaltungsangelegenheiten und Verschiedenes. - Die Versamm-
lung wird pünktlich eröffnet.

Osten und Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Obmänner. 2. Berthaltungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Jede Werkstätte des Bezirkes muß vertreten sein.
Die Kollegen werden ersucht, die neu eingerichteten Zahlstellen bei
Georgi, Frankfurter Allee 70, und Barth, Coltheim-
straße 3, nicht als bisher in Anspruch zu nehmen.

Südosten: bei Rautenberg, Craniensstr. 180.

Obmann Meyer wohnt Brangelstr. 23. II.
Tages-Ordnung:
1. Bertheilung des letzten Protokolls. 2. Werkstätten-Angelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Süden: bei Krieger, Wasserthorstr. 68.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Vers-
chiedenes.
In dieser Versammlung sind die Kollegen folgender Werkstätten geladen:
Fischer & Comp., Schillerschloßstr. 61, Elisabeth-Str. 11, Brandenburgstr. 33,
Bruder, Brandenburgstr. 27, Zankowsky, Brandenburgstr. 26, Kühr, Alte
Jakobstr. 20, Wittwar, Louise-Str. 12, Kautler, Wittwarstr. 87.
Es ist Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Ins-
besondere machen wir die Kollegen der Telephonbranche auf obige Ver-
sammlung aufmerksam.

Westen und Südwesten: bei Zabel, Lindenstr. 106.

Folgende Werkstätten sind zu dieser Versammlung eingeladen: Lohs & Co.,
Großbrennerstr. 52, Sauerwein, Belle-Alliancestr. 84.

Modell- und Fabrik-Tischler

im "Vorstädtischen Kasino", Adersstr. 114.
Tages-Ordnung:
1. Diskussion über das Ergebnis unserer letzten Statist. 2. Berthalt-
Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Kollegen! In ansehnlicher und immer mehr überhandnehmenden Ueber-
stunden ist es Pflicht einer jeden Werkstätte, einen Delegirten zu schicken,
damit wir Mittel und Wege finden, dieselben abzuwehren.
Sämtliche Kollegen der Firma Feister & Rossmann, Falkenstraße
und Spolzer & Co., Wilmannsstraße, sind zu dieser Sitzung eingeladen.

Parfettbodenleger

im Lokale des Herrn Zabel, Lindenstraße Nr. 106:
Sitzung der Werkstätten-Kontrollkommission
mit Vertrauensleuten.
Die Kollegen von Badmayor, Danko resp. Peter & Kuhort und Kühno
sind dazu eingeladen.

Musikinstrumenten-Arbeiter

im Lokale des Herrn Zabel, Linden-Str. 106.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Berthaltungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Verbands-
kollegen, die in Werkstätten arbeiten, wo kein Vertrauensmann ist, sind ver-
pflichtet, zu erscheinen.

Drechsler.

N.: Adersstr. 145 b. Hopps. 80. u. SW.: Craniensstr. 154 b. Metzner.
O. und NO.: Köpenickerstr. 41 bei Kühle.
In dieser Versammlung sind die Drechsler von Schaller, Friedrichs-
bergerstraße 11, und die Drechsler der Tischlerei von Sande, Krautstr. 52,
besonders eingeladen. Jede Werkstätte muß vertreten sein.

Rixdorf. Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 7. Dezember cr., abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokale des Herrn Klemke, Bergstr. 137.
Tages-Ordnung:
1. Anträge zum Goutag. 2. Wahl des Delegirten zum Goutag. 3. Der
Anschluß an Berlin.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Lokalverwaltung.
109/20

Korb- und Kinderwagen-Magazin von A. W. Schulz,

Telephon Amt III, 1767 nur **95 Brunnenstrasse 95** (vis-à-vis Humboldthain)

empfiehlt zum **Weihnachtsfeste** sein vorzüglich reich sortirtes Lager in

Puppenwagen, Sport-, Kasten-, Leiter- und Ziegenbockwagen, Kinderklappstühle, Kinderlische und Kinderstühle, Trümpfstühle, Binnentische, Papierkörbe, Wäschepuffs, etc., etc.

Preise aussergewöhnlich billig und empfängt ausserdem jeder Käufer ein **hochelegantes Weihnachtsgeschenk.**

3 Minuten vom Nordbahnhof Gesundbrunnen entfernt. **Sonntag geöffnet von 8-10 Vorm. und 12-8 Nachm.**

Brillanten.

Juwelen!

165a. C. Giesen 165a.

Uhren!

empfiehlt unter 3jähriger schriftlicher Garantie

Goldene Damen-Uhren von Mk. 10,- Gold Herren-Anker-Uhren von Mk. 45,-
Goldene Damen-Uhren mit Email 18,- Silberne Herren-Uhren von Mk. 8,50

Goldwaaren!

Silberwaaren!

Alfenide.

Präsent-Cigarren

in Kistchen à 20, 25 und 50 Stück Inhalt pro Mille 30, 33, 35, 38, 40, 43 bis 50 Mk. etc.

Reelle Fabrikate. Umtausch gestattet.

Cigarren im Preise von 17-65 Mk. aufwärts.

Muster zu Diensten; auf Wunsch Besuch unserer Vertreter.

Albert Korschewsky & Co., Berlin SW.,

Leipzigerstrasse 63a, I. Etage (direkt am Spittelmarkt).

Für 3 Mark

Reife sehr groß, zu Knabenanzügen, Reife zu Herrenanzügen schöne Muster 7-10 R. Für 12 R. ff. Cheviots auch Kammgarnreife, Paletots und Posettenreife, so lange der Vorrath reicht

im **Riesentofflager**

14. Krausenstr. 14, 1 Et., kein Laden. [38L]

Im Weihnacht.

Ausverkauf enorm billig.

Jackets

5 Mk. 6 Mk. 8 Mk. 10 Mk.

Stoff-Capes, bestickt, 10 Rtl. 12 Rtl. 15 Rtl.

Krimmer-Kragen 5 Rtl. 8 Rtl. 10 Rtl.

Seidenplüsch-Capes 20 Rtl. 25 Rtl.

Seidenplüsch-Jackets 25 Rtl. 30 Rtl.

Frauenmäntel mit Pelzenerie 20 Rtl. 25 Rtl.

Stoff-Räder 12 Rtl. 15 Rtl. 20 Rtl.

Wattirte Räder

Abend-Mäntel großer Vager in allen neuen Farben und Facons mit den neuesten Pelzarten garnirt 10 Rtl. 15 Rtl. 20 Rtl. 30 Rtl.

Fertige Kleider

Blusenkleid, sehr beliebtes Weihnachtsgeschenk, aus reinwollenen Winter-Cheviots in marine, braun, rufschwarz grün und schwarz

13 Mk. 50 Pf.

Fertiges Strahlenkleid 20 Rtl. 25 Rtl. 30 Rtl.

Fertiges Kleid für Ball und Kränzchen 20 Rtl. 25 Rtl.

Schwarze Kleider 18 Rtl. 20 Rtl. 30 Rtl.

Seidene Kleider 40, 50 Mk.

Einzelne Röcke in Mode 6, 30 Rtl. 8 Rtl. 10 Rtl. entzückende

Blusen, neue Facons, 5 Rtl. 7 Rtl. 9 Rtl.

Morgenröcke in allen Farben, 8 Rtl. 10 Rtl. 12 Rtl.

Tranerkleider 20 Rtl. 25 Rtl. 30 Rtl.

Sielmann & Rosenberg Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Großer Möbelverkauf Neue Königstr. 59.

In meinem großen Möbelpelicher bietet sich Bräutlingen die schönste Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verziehen gewonnener und zerlegbarer Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Massen-Einkäufe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300-400 Rtl. hohelegante von 500-5000 Rtl. zu liefern. Theilzahlungen unter den kulantesten Bedingungen. Die Möbel können lohnlos 3 Monate lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt.

Dr. med. Schaper, prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut, Hals, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Eyr. 9-1, 4-8

Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend Ab. 7-8. Friedrichstraße 114. I. [2532]

Betten, Steppbed., Gard. Vorhängen, Stores, Wäsche, Waffelbetten, Winterpaletots, Regulatorien, Regulatorien, Operngläser verl. spottb. Fländische Kleiderstraße 6.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 181.

Konstante H. & M. Lewent. Beamten Zahl.-Ved. ohne Anzahl.

Central-Festsäle, Alte Jakobstrasse 32, (neben Central-Theater). Empfehle meine Säle, 100-800 Personen fassend (mit Bühne), zu Festlichkeiten, öffentlichen wie Vereinsversammlungen, Sommerfesten etc. zu den kulantesten Bedingungen. [276]

Oranien-Hallen Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz. Inhaber: **Hermann Scholze** 63229. empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten. Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Möbel und Polsterwaaren. Großer Vager. Gelegene Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,** Reichenbergerstr. 5. Auch Theilzahlung!

Neujahrs-Zigarrenspitzen in großer Auswahl, neue Muster, Duzh. von 40 Pf. an. Auch sozialistische mit Vorkurs von Cassale, Marx und anderen empfiehlt **B. Günzel, Vohrbringerstr. 52.**

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9-6. Zahnarzt **Wolf, Leipzigerstr. 22.**

Blusen für Mädel, Bildhauer, Optiker, Redakteure u. ähnliche Berufe zum Schutz d. Kleides um 1,50, 1,75, 2,25 u. 3,00 Mk. **Blusen-Fabrik Louis Rosenthal, Kurze-Strasse 4, 1. Etage, idt a. Alex. Platz**

Sophastoffe und **Reffe** in Alpé, Damast, Crépe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! [6108] **Frohen Frank!** in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. **Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.**

Haben Sie schon Ihren Bedarf in Christbaumschmuck für Weihnachten gedeckt? Wenn nicht, so verkauften Sie nicht, sich ein Köstchen mit 10 Kartons fein sortirt, als **Fische, Leuchtkugeln, Ueberspannes, Naturfrüchte, Vögel, Glocken, Perlen, Weihnachtsmann, Tannen- und Eiszapfen,** eine schöne Baumspitze u. l. w. für nur **Mk. 3,50** bei franco Zufendung zu sichern. Auch giebt es Sortimentsstücken zu **Mk. 10,-** bei franco Zufendung. Zur Weiterempfehlung lege 1 Paket Lamettafaden u. 12 Lichterhalter bei. **Lauscha in Thg. 81/5, Karl Köhler, Schw. Pl.**

100 humoristische Post-Witzkarten umsonst, wer 1 Sortiment Gratulationsarten bestehend aus Klapp-, Seiden- und Zuckarten, elegant ausgeführt etc., für den Preis v. 7,50 Rtl. pro 100 St., bei Aufnahme von 300 St. 13 Rtl. Käufer Postkarten, Ansichtskarten, fein sortirt, 100 St. 2,50 Rtl., colorirt 5 Rtl. aus der Luxuspapierfabrik bezieht. Versand unter Nachnahme. - Cedres erbitte rechtzeitig. [1582]

S. Steinecke, Berlin, Chorinerstrasse 6.

Für 3 Mark 6 bis 6,50 Prima Kammgarne, Winter-Paletstoffe, Cheviots. [2052b] Große Reife spottbillig. **Berlin C. Hoher Steinweg 4** (am Rathhaus). **Carl Engel,** Sonntags bis 6 Uhr geöffnet.

Gänsefedern 60 Pf. ge. Pf. (größer von Köpen). Schlachtfedern, wie fe. v. d. Gans fassen, mit allen Daunen M. 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00, 6,50, 7,00, 7,50, 8,00, 8,50, 9,00, 9,50, 10,00, 10,50, 11,00, 11,50, 12,00, 12,50, 13,00, 13,50, 14,00, 14,50, 15,00, 15,50, 16,00, 16,50, 17,00, 17,50, 18,00, 18,50, 19,00, 19,50, 20,00, 20,50, 21,00, 21,50, 22,00, 22,50, 23,00, 23,50, 24,00, 24,50, 25,00, 25,50, 26,00, 26,50, 27,00, 27,50, 28,00, 28,50, 29,00, 29,50, 30,00, 30,50, 31,00, 31,50, 32,00, 32,50, 33,00, 33,50, 34,00, 34,50, 35,00, 35,50, 36,00, 36,50, 37,00, 37,50, 38,00, 38,50, 39,00, 39,50, 40,00, 40,50, 41,00, 41,50, 42,00, 42,50, 43,00, 43,50, 44,00, 44,50, 45,00, 45,50, 46,00, 46,50, 47,00, 47,50, 48,00, 48,50, 49,00, 49,50, 50,00, 50,50, 51,00, 51,50, 52,00, 52,50, 53,00, 53,50, 54,00, 54,50, 55,00, 55,50, 56,00, 56,50, 57,00, 57,50, 58,00, 58,50, 59,00, 59,50, 60,00, 60,50, 61,00, 61,50, 62,00, 62,50, 63,00, 63,50, 64,00, 64,50, 65,00, 65,50, 66,00, 66,50, 67,00, 67,50, 68,00, 68,50, 69,00, 69,50, 70,00, 70,50, 71,00, 71,50, 72,00, 72,50, 73,00, 73,50, 74,00, 74,50, 75,00, 75,50, 76,00, 76,50, 77,00, 77,50, 78,00, 78,50, 79,00, 79,50, 80,00, 80,50, 81,00, 81,50, 82,00, 82,50, 83,00, 83,50, 84,00, 84,50, 85,00, 85,50, 86,00, 86,50, 87,00, 87,50, 88,00, 88,50, 89,00, 89,50, 90,00, 90,50, 91,00, 91,50, 92,00, 92,50, 93,00, 93,50, 94,00, 94,50, 95,00, 95,50, 96,00, 96,50, 97,00, 97,50, 98,00, 98,50, 99,00, 99,50, 100,00, 100,50, 101,00, 101,50, 102,00, 102,50, 103,00, 103,50, 104,00, 104,50, 105,00, 105,50, 106,00, 106,50, 107,00, 107,50, 108,00, 108,50, 109,00, 109,50, 110,00, 110,50, 111,00, 111,50, 112,00, 112,50, 113,00, 113,50, 114,00, 114,50, 115,00, 115,50, 116,00, 116,50, 117,00, 117,50, 118,00, 118,50, 119,00, 119,50, 120,00, 120,50, 121,00, 121,50, 122,00, 122,50, 123,00, 123,50, 124,00, 124,50, 125,00, 125,50, 126,00, 126,50, 127,00, 127,50, 128,00, 128,50, 129,00, 129,50, 130,00, 130,50, 131,00, 131,50, 132,00, 132,50, 133,00, 133,50, 134,00, 134,50, 135,00, 135,50, 136,00, 136,50, 137,00, 137,50, 138,00, 138,50, 139,00, 139,50, 140,00, 140,50, 141,00, 141,50, 142,00, 142,50, 143,00, 143,50, 144,00, 144,50, 145,00, 145,50, 146,00, 146,50, 147,00, 147,50, 148,00, 148,50, 149,00, 149,50, 150,00, 150,50, 151,00, 151,50, 152,00, 152,50, 153,00, 153,50, 154,00, 154,50, 155,00, 155,50, 156,00, 156,50, 157,00, 157,50, 158,00, 158,50, 159,00, 159,50, 160,00, 160,50, 161,00, 161,50, 162,00, 162,50, 163,00, 163,50, 164,00, 164,50, 165,00, 165,50, 166,00, 166,50, 167,00, 167,50, 168,00, 168,50, 169,00, 169,50, 170,00, 170,50, 171,00, 171,50, 172,00, 172,50, 173,00, 173,50, 174,00, 174,50, 175,00, 175,50, 176,00, 176,50, 177,00, 177,50, 178,00, 178,50, 179,00, 179,50, 180,00, 180,50, 181,00, 181,50, 182,00, 182,50, 183,00, 183,50, 184,00, 184,50, 185,00, 185,50, 186,00, 186,50, 187,00, 187,50, 188,00, 188,50, 189,00, 189,50, 190,00, 190,50, 191,00, 191,50, 192,00, 192,50, 193,00, 193,50, 194,00, 194,50, 195,00, 195,50, 196,00, 196,50, 197,00, 197,50, 198,00, 198,50, 199,00, 199,50, 200,00, 200,50, 201,00, 201,50, 202,00, 202,50, 203,00, 203,50, 204,00, 204,50, 205,00, 205,50, 206,00, 206,50, 207,00, 207,50, 208,00, 208,50, 209,00, 209,50, 210,00, 210,50, 211,00, 211,50, 212,00, 212,50, 213,00, 213,50, 214,00, 214,50, 215,00, 215,50, 216,00, 216,50, 217,00, 217,50, 218,00, 218,50, 219,00, 219,50, 220,00, 220,50, 221,00, 221,50, 222,00, 222,50, 223,00, 223,50, 224,00, 224,50, 225,00, 225,50, 226,00, 226,50, 227,00, 227,50, 228,00, 228,50, 229,00, 229,50, 230,00, 230,50, 231,00, 231,50, 232,00, 232,50, 233,00, 233,50, 234,00, 234,50, 235,00, 235,50, 236,00, 236,50, 237,00, 237,50, 238,00, 238,50, 239,00, 239,50, 240,00, 240,50, 241,00, 241,50, 242,00, 242,50, 243,00, 243,50, 244,00, 244,50, 245,00, 245,50, 246,00, 246,50, 247,00, 247,50, 248,00, 248,50, 249,00, 249,50, 250,00, 250,50, 251,00, 251,50, 252,00, 252,50, 253,00, 253,50, 254,00, 254,50, 255,00, 255,50, 256,00, 256,50, 257,00, 257,50, 258,00, 258,50, 259,00, 259,50, 260,00, 260,50, 261,00, 261,50, 262,00, 262,50, 263,00, 263,50, 264,00, 264,50, 265,00, 265,50, 266,00, 266,50, 267,00, 267,50, 268,00, 268,50, 269,00, 269,50, 270,00, 270,50, 271,00, 271,50, 272,00, 272,50, 273,00, 273,50, 274,00, 274,50, 275,00, 275,50, 276,00, 276,50, 277,00, 277,50, 278,00, 278,50, 279,00, 279,50, 280,00, 280,50, 281,00, 281,50, 282,00, 282,50, 283,00, 283,50, 284,00, 284,50, 285,00, 285,50, 286,00, 286,50, 287,00, 287,50, 288,00, 288,50, 289,00, 289,50, 290,00, 290,50, 291,00, 291,50, 292,00, 292,50, 293,00, 293,50, 294,00, 294,50, 295,00, 295,50, 296,00, 296,50, 297,00, 297,50, 298,00, 298,50, 299,00, 299,50, 300,00, 300,50, 301,00, 301,50, 302,00, 302,50, 303,00, 303,50, 304,00, 304,50, 305,00, 305,50, 306,00, 306,50, 307,00, 307,50, 308,00, 308,50, 309,00, 309,50, 310,00, 310,50, 311,00, 311,50, 312,00, 312,50, 313,00, 313,50, 314,00, 314,50, 315,00, 315,50, 316,00, 316,50, 317,00, 317,50, 318,00, 318,50, 319,00, 319,50, 320,00, 320,50, 321,00, 321,50, 322,00, 322,50, 323,00, 323,50, 324,00, 324,50, 325,00, 325,50, 326,00, 326,50, 327,00, 327,50, 328,00, 328,50, 329,00, 329,50, 330,00, 330,50, 331,00, 331,50, 332,00, 332,50, 333,00, 333,50, 334,00, 334,50, 335,00, 335,50, 336,00, 336,50, 337,00, 337,50, 338,00, 338,50, 339,00, 339,50, 340,00, 340,50, 341,00, 341,50, 342,00, 342,50, 343,00, 343,50, 344,00, 344,50, 345,00, 345,50, 346,00, 346,50, 347,00, 347,50, 348,00, 348,50, 349,00, 349,50, 350,00, 350,50, 351,00, 351,50, 352,00, 352,50, 353,00, 353,50, 354,00, 354,50, 355,00, 355,50, 356,00, 356,50, 357,00, 357,50, 358,00, 358,50, 359,00, 359,50, 360,00, 360,50, 361,00, 361,50, 362,00, 362,50, 363,00, 363,50, 364,00, 364,50, 365,00, 365,50, 366,00, 366,50, 367,00, 367,50, 368,00, 368,50, 369,00, 369,50, 370,00, 370,50, 371,00, 371,50, 372,00, 372,50, 373,00, 373,50, 374,00, 374,50, 375,00, 375,50, 376,00, 376,50, 377,00, 377,50, 378,00, 378,50, 379,00, 379,50, 380,00, 380,50, 381,00, 381,50, 382,00, 382,50, 383,00, 383,50, 384,00, 384,50, 385,00, 385,50, 386,00, 386,50, 387,00, 387,50, 388,00, 388,50, 389,00, 389,50, 390,00, 390,50, 391,00, 391,50, 392,00, 392,50, 393,00, 393,50, 394,00, 394,50, 395,00, 395,50, 396,00, 396,50, 397,00, 397,50, 398,00, 398,50, 399,00, 399,50, 400,00, 400,50, 401,00, 401,50, 402,00, 402,50, 403,00, 403,50, 404,00, 404,50, 405,00, 405,50, 406,00, 406,50, 407,00, 407,50, 408,00, 408,50, 409,00, 409,50, 410,00, 410,50, 411,00, 411,50, 412,00, 412,50, 413,00, 413,50, 414,00, 414,50, 415,00, 415,50, 416,00, 416,50, 417,00, 417,50, 418,00, 418,50, 419,00, 419,50, 420,00, 420,50, 421,00, 421,50, 422,00, 422,50, 423,00, 423,50, 424,00, 424,50, 425,00, 425,50, 426,00, 426,50, 427,00, 427,50, 428,00, 428,50, 429,00, 429,50, 430,00, 430,50, 431,00, 431,50, 432,00, 432,50, 433,00, 433,50, 434,00, 434,50, 435,00, 435,50, 436,00, 436,50, 437,00, 437,50, 438,00, 438,50, 439,00, 439,50, 440,00, 440,50, 441,00, 441,50, 442,00, 442,50, 443,00, 443,50, 444,00, 444,50, 445,00, 445,50, 446,00, 446,50, 447,00, 447,50, 448,00, 448,50, 449,00, 449,50, 450,00, 450,50, 451,00, 451,50, 452,00, 452,50, 453,00, 453,50, 454,00, 454,50, 455,00, 455,50, 456,00, 456,50, 457,00, 457,50, 458,00, 458,50, 459,00, 459,50, 460,00, 460,50, 461,00, 461,50, 462,00, 462,50, 463,00, 463,50, 464,00, 464,50, 465,00, 465,50, 466,00, 466,50, 467,00, 467,50, 468,00, 468,50, 469,00, 469,50, 470,00, 470,50, 471,00, 471,50, 472,00, 472,50, 473,00, 473,50, 474,00, 474,50, 475,00, 475,50, 476,00, 476,50, 477,00, 477,50, 478,00, 478,50, 479,00, 479,50, 480,00, 480,50, 481,00, 481,50, 482,00, 482,50, 483,00, 483,50, 484,00, 484,50, 485,00, 485,50, 486,00, 486,50, 487,00, 487,50, 488,00, 488,50, 489,00,